

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7303.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 17.

Sonnabend, den 24. April 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Arbeitslosigkeit oder Lohnreduktion. — Die Verschmelzungsfrage. — Aus dem Striegauer Streitgebiet. — Konferenz der Zahlstellen des Muschelkalkgebiets. — Korrespondenzen. — Die Genasführten. — Ist der Alkohol ein Gift. — 5. allgemeiner Kongress der Krantentassen Deutschlands. — Aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachung. — Adressenänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Reichsversicherungsordnung. I. — Zur Aufklärung. — Rechenschaftsbericht des österreichischen Steinarbeiterverbandes. — Konferenz der Betonarbeiter. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Steinfagen. — Platos Döfen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Sanau: Firma Arnold am Kasernenneubau. — Reinheim: Granitwerk Frohmann.

Schmitz. Die Unternehmer bieten uns bedeutende Reduzierungen an. Der Tarif läuft am 1. Mai ab.

Dielefeld. Die Firma August Hunger weigert sich hiesige Kollegen einzustellen. Zugang ist zu meiden.

Schmalzfeld. Am 18. April wurde der bestehende Tarif auf ein weiteres Jahr verlängert, mit einer Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pfg. für Steinmehlen und Schleifer.

Ziefenkein bei Waldshut (Baden). Die Firma Schölke setzte das Stundenlohnsystem außer Kurs. Die Kollegen sollen in Accord schaffen, das bedeutet, das per Tag die Löhne etwa um 2 Mk. reduziert werden sollen. Es stellen deshalb 75 Kollegen die Arbeit ein.

Schemitz. Die Kollegen stehen in Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Orda bei Niesa. Die Firma Runge nahm beträchtliche Lohnreduzierungen vor. Die Pfisterer legten am 3. März die Arbeit nieder.

Blantenburg. Die Steinmehlen der Firma Schönfeld sind am 22. März in den Streik getreten. Die Firma macht die größten Anstrengungen, um Kaufpreiser zu bekommen, jetzt sind sogar einige „Verbrüder“ aus Bernburg angekommen, die nach ihrer Angabe bei Schönfeld „auslernen“ sollen. Na, dann viel Glück.

Striegen. Der Streik dauert unverändert weiter. Die Zahl der Streikenden verringert sich von Tag zu Tag. In den verfloffenen Wochen sind 120 Kollegen abgereist bezw. haben anderweitig Arbeit erhalten.

Seidingsfeld. (Unterfränkisches Muschelkalkgebiet.) Wegen Lohnkürzungen bei der Firma Winterhelt lösten sämtliche Steinmehlen das Arbeitsverhältnis. Die Kollegen sind anderweitig untergebracht. Zugang nach dem Gebiet ist zu vermeiden.

Müthen. Die angekündigten Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Die Kollegen haben ihre Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Böhmen: Karlsbad, allgemeiner Streik. Schwarzbrunn, alle Firmen gesperrt. Hermannsdorf, Firma Viehl gesperrt. Offegg gesperrt.

Niederösterreich: Göbelsdorf, Firma Sommer u. Weniger gesperrt. Br. Neustadt, wegen Maßregelung der Vertrauensmänner Streik. Schrems, Drohnischl und Schreiberberg gesperrt.

Salzburg: Fürstenbrunn, Kiefer-Bruch, Streik.

Tirol: Bozen (Firma Kompatscher), Streik. Innsbruck wegen Differenzen gesperrt. Sterzing gesperrt.

Schweiz: St. Margarethen. Die Steinarbeiter stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Arbeitslosigkeit oder Lohnreduktion.

Arbeitslosigkeit oder Lohnreduktion — das ist die Frage, welche von den Unternehmern regelmäßig aufgeworfen wird, wenn die Folgen der kapitalistischen Anarchie in Form von Ueberproduktion, Absatzstörung, Preisstürzungen und anderen Krisenerscheinungen sich bemerkbar macht. Ob es edler im Gemüt ist, diese Folgen selber und allein zu tragen, oder sie von Arbeitern tragen zu lassen. Denn so selbstverständlich es den Unternehmern erscheint, daß der Vorteil der aufsteigenden Konjunktur ihnen zugute kommt, ebenso selbstverständlich ist es für sie, die Konsequenzen des Konjunkturrückganges auf die Arbeiter überzuwälzen. In diesem Falle sind die Unternehmer, die sonst das „Teilen“ als eine sozialdemokratische Erfindung benunzieren, fürs Teilen gar sehr eingenommen. Ja, wenn es sich um Verluste handelt, da sind sie sogar bereit, den Arbeitern die größere Hälfte zu überlassen. Nur bei den Gewinnen soll die weitaus größte Portion ihnen verbleiben; denn der Profit — das ist doch was ganz anderes als sein Gegenteil. Oder nicht?

Was die Unternehmer über die Arbeiter lieber verhängen, ob Arbeitslosigkeit oder Lohnreduktion, das hängt von den Verhältnissen der Branche im allgemeinen und von den Verhältnissen des betreffenden Betriebes im besonderen ab. Die meisten versuchen es wohl zunächst mit der Reduktion

des Lohnes, und sie leiten dieses Recht ab aus dem Rechte der Arbeiter auf Lohnhöhung. Was dem einen recht, müsse dem anderen billig sein, sagen die Pfiffikusse und vergessen dabei, daß, wenn zwei dasselbe tun — es doch nicht dasselbe ist. Gewiß steht es den Unternehmern zu, an die Arbeiter Forderungen zu stellen, und umgekehrt dürfen diese an jene Forderungen richten. Dennoch liegt ein wesentlicher Unterschied darin. Die Unternehmer gehen darauf aus, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, die Arbeiter, sie zu verbessern, und selbstverständlich tun sie dies nicht, um sich einige Zeit später wieder eine Verschlechterung gefallen zu lassen. Ebenso wenig fällt es den Unternehmern ein, die verschlechterten Arbeitsbedingungen hinterdrein freiwillig wieder aufzubessern. Beides, Verschlechterung und Verbesserung, ist in der Regel das Resultat eines wirtschaftlichen Kampfes, welchem Verhandlungen vorangehen und nachfolgen, und wenn es schon nicht zum Kampfe kommt, so vollzieht sich die Veränderung doch nur gezwungenerweise. Dem Rechte, zu fordern, steht eben das Recht, zu verweigern, gegenüber. Mit dem Rechte allein ist also nichts anzufangen. Es muß noch etwas anderes hinzutreten, und das ist die Sachlage, deren Beschaffenheit die Forderung entsprungen ist, wobei die beiderseitigen Machtverhältnisse nur als Mittel zum Zwecke der Durchsetzung der Forderung in Betracht kommen. Die Sachlage aber, d. i. die Frage nach dem Gewinn- und Verlustkonto und der Bilanz des Betriebes. Selbstverständlich ist der Betriebsinhaber nicht verpflichtet, die Geschäftsbücher seines Unternehmens vorzulegen, und auch die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Aktiengesellschaften werden und brauchen dies nicht tun, zumal ja ihre Geschäftsergebnisse auch so zugänglich ist.

Mein die geschäftliche Lage eines Unternehmens ist nicht unter allen Umständen ein undurchdringliches Geheimnis, und die Arbeiterschaft ist heute viel eher als früher in der Lage, über die Konjunktur und ihren Einfluß auf einen bestimmten Betrieb ein Urteil abzugeben. Denn die Arbeiterschaft wird durch ihre Presse und ihre Organisation über alle wichtigen Vorgänge auf dem Markte unterrichtet und beraten, und die Behauptungen der Unternehmer können heutzutage einer sehr sachverständigen Prüfung unterzogen werden. Die Herren Unternehmer wissen dies auch, und darum sind sie in unseren Tagen mehr denn je beflissen, die geschäftlichen Verhältnisse ihrer Betriebe zu verheimlichen. So wie sie die Steuerbehörden und die Deffentlichkeit irreführen, so wollen sie auch die Konkurrenz und die Arbeiter über die wahre Sachlage täuschen. In der Regel erreichen sie ihren Zweck nicht und lügen sie sich nur selbst in den Sack. Und wenn es ihnen auch gelingt, den Sachverhalt zu verbergen, — ein Verdacht bleibt naturgemäß immer, gerade deshalb, weil sie so viel Geheimniskrämerei treiben. Ein ehrlicher Unternehmer wird stets in der Lage sein, den Nachweis zu liefern, daß sein Unternehmen bei Erfüllung der Arbeiterforderungen mit Defizit arbeiten und passiv werden müßte. Dies aber verlangt kein Arbeiter, denn — selbstverständlich — die Voraussetzung des unberührten Lohnbezuges ist die Aktivität des Unternehmens, in welchem der Arbeiter beschäftigt ist. Der Arbeiter begehrt nicht, daß der Unternehmer mit Verlust arbeite, aber er läßt sich natürlich nicht ohne weiteres einreden, daß der Unternehmer darauf zähle. Heutzutage gilt nur das, was wirklich ist. Täuschungen sind veraltete Kampfmittel, darüber müssen sich die Unternehmer endlich klar werden. Wenn ein Pferdehändler und ein Bauer auf dem Markt miteinander feilschen, dann mögen sie sich aller Mittel bedienen, die ihren Lebensgewohnheiten angemessen erscheinen. Unternehmer und Arbeiter werden gut tun, das Verfahren abzukürzen und zu vereinfachen. Jedes Wort neben der Wahrheit ist überflüssig. Das mögen sich die Unternehmer gesagt sein lassen, wenn es nicht bloß darum zu tun ist, die Arbeiter zu besiegen, sondern auch darum: sie zu überzeugen.

Die meisten Unternehmer freilich begnügen sich mit dem Ersteren und sie appellieren darum, wenn sie irgend können, an die Gewalt. Aber sie berechnen sich doch dabei, weil sie sich die Chancen für die Zukunft verderben. Werfen die Arbeiter, daß sie betrogen wurden, dann ist ihr Bestreben um so intensiver darauf gerichtet, sich für den Betrug, der an ihnen verübt wurde, schadlos zu halten. Ein Augenblickserfolg des Unternehmers pflegt sich später um so bitterer zu rächen. Kurz, die alten Kostäuschermanieren rentieren sich immer weniger für den Unternehmer, und ein wenn schon nicht ehrlicher aber vernünftiger Kapitalist wird den Arbeitern freiwillig die Gelegenheit verschaffen, sich vom wahren Sachverhalt zu überzeugen. Ist dies geschehen, dann handelt es sich um die Entscheidung der Frage, ob die vom Unternehmer angeführten Argumente auch wirklich stichhaltig und geeignet sind, eine Lohnreduktion zu rechtfertigen. Darüber freilich wird es schwierig sein, eine Einigung zu erzielen. Denn die Ansichten darüber, was eine Lohnreduktion begründen, d. h. notwendig und unabweislich machen kann, werden natürlich je nach dem Standpunkte der Parteien verschieden sein. Die Unternehmer werden jede Minderung ihres Profits, die durch die Verschlechterung der Konjunktur eingetreten ist, zu einer Lohnkürzung für ausreichend erachten. Die Arbeiter hingegen werden nur dann eine solche zugeben, wenn anders die Fortsetzung des Betriebes in Frage gestellt würde. So lange das Unternehmertum konkurrenzfähig bleibt, kann den Arbeitern nicht ein Verzicht zugunsten werden, dessen

Effekt nur dem Kapitalisten und nicht dem Unternehmen als solchen zugute käme. So mag es kommen, daß ein Unternehmen auch dann noch als bestandsfähig angesehen wird, wenn es dem Besitzer überhaupt eine Verzinsung seines Kapitals sichert, mag dann diese weit hinter dem Bank- oder gar hinter dem Sparkassenzinsfuß zurückbleiben. Ja, auch dann, wenn das investierte Betriebskapital gar keinen Zins abwerfen sollte, muß nicht sofort die Berechtigung einer Lohnreduktion anerkannt werden; weil ja erstens viele Unternehmungen über Reserven verfügen, die eben dazu da sind, um das Unternehmen während einer Krise über Wasser zu halten und die Rücken eines schlechten Geschäftsjahres auszufüllen, und weil zweitens selbst in Ermangelung eines solchen Reservefonds durchaus nicht einzusehen ist, weshalb gerade die Arbeiter die Konsequenzen einer Krise auf sich nehmen sollen, wenn sie der Unternehmer selbst ohne Schaden tragen kann — der Unternehmer, der weit eher als der Arbeiter in der Lage ist, die Verluste eines Krisenjahres bei aufsteigender Konjunktur wieder wettzumachen und doppelt oder gar mehrfach zu ersetzen. Sein Risiko wird ihm jedenfalls reichlich vergolten, denn wenn dies nicht der Fall wäre, würde er das Geschäft überhaupt nicht fortführen.

Anderes ist das Interesse des Arbeiters an dem Bestande des Unternehmens bescheiden. Er rechnet von vornherein nur mit dem Lohne, der ihn seine gewohnte Lebenshaltung ermöglicht, eine Lebenshaltung, die fürwahr bescheiden ist und sich mit der des Unternehmers weder messen kann noch will. Aber diese Lebenshaltung muß ihm verbürgt sein, und er kann sie nicht zurückschrauben, wenn es dem Unternehmer beliebt, weil dies mit noch größeren Entbehrungen für ihn verbunden wäre, als sonst schon ihm auferlegt sind, indes der Unternehmer auch ohne Reingewinn seine gewohnte Lebenshaltung aufrechterhalten kann, ohne daß er sich nennenswerte Einschränkungen auferlegen müßte.

Das ist nun ein großer Unterschied, und so wenig wie der Unternehmer, der eine Fabrik gründet, für die Zeit, bis er sie rentabel gestaltet und keinen oder nur geringen Gewinn hat, von dem Arbeiter einen Verzicht fordern kann, ebenso hat auch sein Recht, während des Konjunkturrückganges eine Lohnreduktion vorzunehmen, eine Grenze, nicht bloß an der Macht der Arbeiter, sondern vor allem auch an der Notwendigkeit, die die geschäftliche Kalkulation und die Rücksichten auf die Zukunft des Unternehmens diktieren. Nur wenn diese für ihn sprechen und das von ihm gestellte Begehren unterstützen, kann er erwarten, daß ihm die Arbeiterschaft freiwillig Rechnung trägt. Andernfalls wird es nicht ohne Zwang, ja sogar nicht ohne Kampf abgehen.

Ein Streik bedeutet freilich, daß die Arbeiter freiwillig die Geißel der Arbeitslosigkeit auf sich nehmen. Allein sie werden dies selbstverständlich nur im äußersten Notfalle tun, wenn aber kein anderer Ausweg mehr offen steht und die die begründete Hoffnung haben, dadurch größeren Schaden zu vermeiden. Ein solcher würde eintreten, wenn zum Beispiel der Unternehmer sich weigerte, nach Ablauf der Krise oder eines bestimmten Zeitraumes wieder den alten Lohn zu zahlen, und wenn die Arbeiter dann gezwungen werden, um den früheren Lohn zu kämpfen. In einem solchen Falle kann es sich unter Umständen als zweckmäßiger erweisen, den Kampf früher zu beginnen und den Unternehmer zu zwingen, bei dem bedungenen höheren Lohne zu verbleiben. Auf die besonderen Umstände wird es freilich ankommen, und es darf daher keineswegs angenommen werden, daß der Kampf um jeden Preis geführt und die Lohnreduktion mit dem Streik beantwortet werden müsse. Insbesondere wird dies dann auszusprechen sein, wenn etwa mit der freiwillig übernommenen Arbeitslosigkeit dem Unternehmer ein Gefallen erwieben werden würde, und dieser es ist, welcher die Arbeiter vor die Alternative stellt: Lohnreduktion oder Arbeitslosigkeit, wobei erst noch zu erwägen sein wird, ob erstere nicht das vom Unternehmer mit Absicht angewendete Mittel ist, um die Letztere von den Arbeitern zu erzwingen, ohne daß sie es merken sollen, und um später an ihre Stelle andere Arbeiter zu setzen.

Darum kann auch keine allgemeine Regel gestellt werden und wird jeder einzelne Fall nach seinen eigenen Umständen zu entscheiden sein. Allgemein gültig bleibt nur der bekannte Grundsatz, daß in Zeiten der Krise ein Streik mit noch größerer Vorsicht hinzuzuhalten ist als sonst, weil er leichter als während einer guten Konjunktur zu einer Fallgrube für die Arbeiter werden kann. Was mit den bisherigen Ausführungen gesagt sein sollte, das ist, daß bei der Wahl zwischen Lohnreduktion und Arbeitslosigkeit die erstere allerdings das kleinere Uebel ist, daß sie aber keinesfalls im Belieben des Unternehmers stehen darf. Denn es ist etwas anderes, wenn der Unternehmer, und etwas anderes, wenn die Arbeiter zur Offensive übergehen; etwas anderes, wenn die Konjunktur eine Richtung nach aufwärts, und etwas anderes, wenn sie eine Richtung nach abwärts ist; etwas anderes, wenn ein Angriff, und wieder etwas anderes, wenn eine Abwehr erfolgen muß. Selten oder nie werden die Dinge so einfach und klar liegen, daß die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeitsentlassung oder der freiwilligen Arbeitslosigkeit vorzuziehen ist. Aber auch das Gegenteil ist nicht unbedingt richtig. Daß die Arbeiter eines Betriebes sich für den Unternehmer in Zeiten der Krisen opfern und auf einen Teil ihrer früheren Vorteile verzichten müßten, nur um der Entlassung zu entgehen. Die Errungenschaften der guten Kon-

funktur dürfen nicht ohne weiteres preisgegeben werden, weil es sonst sinnlos wäre, sie überhaupt erkämpft zu haben, und weil dann die Diktatur des Unternehmertums durch das nutzlose Verhalten der Arbeiter nur eine Rechtfertigung erhalten würde. Das gleiche Recht der Unternehmer auf Koalition ist eben nicht das gleiche Recht, sondern ein Vorrecht — wenigstens innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsverhältnisse und Produktionsmittel ausschließliches Eigentum der Kapitalistenklasse sind und jeder Ausbeuter glaubt, daß der Betrieb, dem er vorsteht, nur seinerwegen da ist und als eine bloße Privateinrichtung fungiert. Formal rechtlich ist dies gewiß der Fall; allein die Fabriken haben bereits aufgehört, bloß individuelle Bedürfnisse zu befriedigen, sie verstehen vielmehr eine gesellschaftliche oder genauer: eine soziale Funktion. Mit anderen Worten: der Unternehmer hat nicht bloß auf seinen individuellen Vorteil, sondern auch auf das Interesse „seiner“ Arbeiter zu sehen und die Rücksichten auf die Volkswirtschaft im allgemeinen zu respektieren. Das Mittel aber, ihm diesen Respekt beizubringen, ist die Gewerkschaftsorganisation.

Die Verschmelzungsfrage

hat auf den letzten Verbandstagen wieder eine wesentliche Rolle gespielt. Sechs Gewerkschaften, nämlich die Bauhilfsarbeiter, die Stuckateure, die Glaser, die Sattler, die Portefeuerer und die Hoteldiener haben in der Woche nach Ostern ihre Verbandstage abgehalten, und auf sämtlichen Verbandstagen ist die Frage der Verschmelzung oder des Uebertritts in andre Gewerkschaften erörtert worden. An sich ist das zwar nichts Außergewöhnliches, denn in den letzten Jahren ist die Verschmelzungsfrage auf zahlreichen Verbandstagen in den Vordergrund getreten, aber wohl kaum je zuvor sind innerhalb einer so kurzen Zeit von den verschiedensten Berufsgruppen so übereinstimmende Resultate erzielt worden, als in der verfloffenen Woche. Wie früher noch mit aller Deutlichkeit eine Abneigung gegen jede Verschmelzung mit einer andern Organisation bekundet wurde, wo man mit aller Zähigkeit und oftmals unter der kühnsten Begründung an der eignen Berufsorganisation festhalten wollte, da ist heute die Verschmelzung als der einzig richtige Weg bezeichnet worden. „Das Unternehmertum hat den Lohnkampf auf zentrale Grundlage gedrängt. Im Ausbau ihrer Organisationen müssen sich die Arbeiter der Stärke der Unternehmerorganisationen anpassen, wenn sie den aus der Entwicklung der Unternehmerorganisationen sich ergebenden Dingen Herr werden wollen.“ Dieser Ausspruch Bömelburgs auf dem Verbandstage der Bauhilfsarbeiter kennzeichnet sehr treffend die Situation und beweist, daß die Verschmelzung mehrerer Verbände zu einem Verband und der Uebertritt kleinerer Verbände in größere nur die ganz natürliche Folge einer unaufhaltsamen Entwicklung ist. Und die Tatsache, daß sich diese Entwicklung mit eiger außerordentlicher Schnelligkeit vollzieht, muß im weiteren dazu führen, daß frühere Gegner des Zusammenschlusses zu Anhängern und selbst zu Befürwortern werden und daß diejenigen, die heute noch Gegner eines Zusammenschlusses sind, ihre Einwände mehr und mehr zurückstellen. Eine treffende Illustration hierfür sind die Verhandlungen des 10. Verbandstages der Bauhilfsarbeiter, die damit endeten, daß die Vorschläge für eine Verschmelzung mit dem Maurerverbande einstimmig angenommen wurden.

Mit voller Einmütigkeit ist auch die Verschmelzung der beiden Verbände der Sattler und der Portefeuerer beschlossen worden. Auch hier war die wirtschaftliche Entwicklung das treibende Moment und man erkannte sehr richtig, „daß die gewerkschaftlichen Organisationen nur dann ihre Aufgaben erfüllen können, wenn sich die Form der Organisation dieser Entwicklung anpaßt.“ Genau 20 Jahre erfolgreiche Arbeit hat der Sattlerverband hinter sich. Er sucht nicht etwa einen Stützpunkt an einer größeren Organisation, sondern will gemeinsam mit einem andern den Organisationsgedanken weiterbauen. Und mit Stolz können die Portefeuerer erklären, daß sie „im Gefühl der Stärke“ dem neuen Bundesgenossen entgegengehen.

Nicht weniger als 18 Anträge, die sich mit der Verschmelzungsfrage beschäftigten, lagen dem Verbandstag der Hoteldiener vor. Seit langem ist in diesem Kreise der Wunsch nach einer Verschmelzung mit den Gastwirtsgehilfen vorhanden und auch die letzteren haben den Zusammenschluß mit den Hoteldienern schon lange herbeigesehnt. Nun hat der Verbandstag der Hoteldiener die Verschmelzung beschlossen.

Auch von den Stuckateuren läßt sich sagen, daß sie den Gedanken einer baldigen Verschmelzung mit dem Maurerverband nicht aufgegeben haben, wenn auch vor einiger Zeit noch der Uebertritt zum Maurerverband von der Mehrheit der Mitglieder abgelehnt wurde. In der vergangenen Woche hat sich der Verbandstag gegen nur zwei Stimmen prinzipiell für die Gründung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes erklärt. Es ist die Angliederung an den Maurerverband mit ins Auge zu fassen und diese Frage soll in den Mitgliederkreisen diskutiert werden. Grund zu dieser Stellungnahme ist auch hier der immer engere Zusammenschluß der Unternehmerverbände.

Von den Verbandstagen, die in der verfloffenen Woche abgehalten worden sind, hat sich eigentlich nur derjenige der Glaser gegen die Verschmelzung mit einer anderen Organisation ausgesprochen. Aber das Resultat der Abstimmung war nichts anderes als ein deutlicher Beweis, daß man auch bei den Glasern auf den Anschluß an einen andern Verband hinstreut. Mit nur 15 Stimmen gegen 13 wurde die Verschmelzung abgelehnt. Vor genau drei Jahren waren auf dem damaligen Verbandstag 35 Delegierte gegen den Anschluß an den Holzarbeiterverband und nur 9 Delegierte dafür. Es kann auch zugegeben werden, daß bei den Glasern noch so mancherlei für die Berufsorganisation spricht, so u. a. die Angabe des Korreferenten auf dem letzten Verbandstage, daß noch 10 000 Glaser außerhalb der Organisation stehen.

Die Verschmelzungsfrage ist und bleibt eben, wie schon eingangs gesagt, eine Frage der Entwicklung; der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl als derjenigen der betreffenden Organisation. Sich dieser Entwicklung dort, wo sie weit genug vorgehritten ist, widersehen zu wollen, wäre nicht weniger verfehlt, als wenn man dem natürlichen Gang der Dinge weit vorausläuft und eine ganz unverhältnismäßig starke Begeisterung für die Verschmelzung an den Tag legt. Das letztere kann dann dazu führen,

daß Anträge gestellt werden, etwa wie ein Antrag auf dem Verbandstage der Sattler der nicht weniger wollte, als daß sich der nächste Gewerkschaftskongreß mit der Frage der Verschmelzung sämtlicher Gewerkschaften zu einem allgemeinen Arbeiterverband beschäftigen sollte. Das heißt denn doch die tatsächlichen Verhältnisse überschätzt und die Begeisterung für eine an sich gute Sache auf die Spitze getrieben. Auch ohne ein solches Drauflosstürmen nehmen die Dinge ihren Lauf und die Verschmelzungsfrage wird in den nächsten Jahren auch noch für manche andere Gewerkschaft eine der wichtigsten Fragen bleiben.

Aus dem Striegauer Streikgebiet.

Der Streik in den Striegauer Granitbrüchen dauert fort, selbstverständlich beobachten unsere Mitglieder die peinlichste Ordnung, damit nicht den Gesehshüttern Anlaß zu unnützer Aufregung gegeben wird. Aber „es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ So auch hier! Man versucht die Streikenden in der öffentlichen Meinung herabzubringen. Der nachfolgend geschilderte Fall ist Beweis. Eine kleinere Zahl unserer streikenden Kollegen wohnt in dem benachbarten Dorfe Järischau. Dort wurden im Laufe des Winters mehrere Einbrüche und Diebstähle ausgeführt, was übrigens in der hiesigen Gegend nichts Besonderes ist, da solche Diebstähle jahraus, jahrein vorkommen und in Anbetracht der Elemente, welche die Agrarier aus dem Osten auf ihre Güter schleppen, auch erklärlich sind. Von diesem Standpunkt scheinen auch die Behörden die Sache aufgefaßt zu haben. Seitdem jedoch unsere Kollegen in der Bewegung stehen, hat sich das Blatt gewendet. Als vor einigen Tagen wieder Hühner und Enten gestohlen wurden, nahm man diesen Diebstahl zum Anlaß, um ein kleines Festschreiben gegen unsere Kollegen in Järischau zu veranlassen. Spürhunde wurden aus einer benachbarten Stadt herbeigezogen, die Wohnungen unserer Kollegen rücksichtslos durchstöbert, sogar eine Wöchnerin mußte aus ihrem Bette aufstehen, damit der Herr Gendarm es durchspürn konnte. Leider aber waren die Spürhunde nur auf Diebe abgerichtet und nicht auf ausgeperrte Steinarbeiter. Sie wollten sich absolut nicht befehlen lassen, daß ein streikender Steinarbeiter auch unter allen Umständen ein Dieb sein muß. Diese Ansicht schien der hausjuchende Gendarm zu haben, denn als er bei der Hausdurchsuchung eine Frau fragte, ob ihr Mann Steinarbeiter sei und diese verneinend antwortete, meinte dieser unparteiische Hüter der Ordnung: „Dann brauchen wir auch nicht weiter zu suchen.“ Auch die Küter begreifen absolut nicht, um was es sich handelte, denn ganz respektlos lehrten sie den Streikenden den Rücken. Ganz anders aber benahmten sich die Hunde wieder in einigen andern Fällen, dort sprangen sie den Leuten sofort an. Na, so ein Dieb kann sich eben irren, das muß man hierbei bedenken. Aber das Empörende an der Geschichte ist, daß unsere Kollegen (es sind 17 an der Zahl) geradezu gezwungen werden, durch diese Maßnahmen der Behörden den Ort zu verlassen und sich in andern Orten Beschäftigung zu suchen.

In der letzten Woche haben denn auch eine große Zahl, über 120 Mann, den Streikort verlassen und weitere werden im Laufe der Woche nachfolgen, denn es ist überall Nachfrage nach Granitarbeitern zu verzeichnen. Und wenn die Unternehmer des Striegauer Bezirks darauf rechnen, daß ihre schwarzen Risten den Abzug ihrer Arbeiter verhindern, so haben sie sich gründlich getäuscht. Der unerhörte Gewaltstreik dieser Unternehmergruppe hat nur den einen Erfolg gehabt, den Arbeitern, auch den Unorganisierten, die Augen zu öffnen. Und sollten die Striegauer Unternehmer auf ihrem unbegreiflichen Standpunkt, auf der durch nichts gerechtfertigten Lohnreduzierung bestehen, so kann dieser Kampf noch recht lange dauern. Die Einigkeit der Striegauer Granitarbeiter macht den Unternehmern keine Hoffnung auf Durchführung ihres Plans.

Konferenz der Zahlstellen des Muschelkalkgebiets.

Am 11. April fand im Gasthof zum Döfen in Würzburg eine Konferenz der unterfränkischen Muschelkalksteinarbeiter statt. Die Kollegen Sauer-Würzburg und Ellwanger-Kirchheim führten den Vorsitz. Sämtliche 17 Zahlstellen waren durch Delegierte vertreten. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie der Organisationsstand in dem Bezirk berichteten die einzelnen Delegierten. Geradezu traurige Verhältnisse wurden hierbei aufgerollt. Die Löhne sind äußerst verfallen und haben trotz der leidlichen Konjunktur einen Tiefstand erreicht, wie in keiner andern Industrie. Die Schmutzkonzurrenz der einzelnen Firmen hat Formen angenommen, die der Industrie zum Verhängnis werden können. Die hauptsächlichsten Kosten hierfür haben die Arbeiter in Gestalt von niedrigen Löhnen zu tragen. Betont wurde, daß infolge des wilden Akkordsystems und der zügellosen Konkurrenz, die sich die Firmen gegenseitig machen, schlechte Arbeit hergestellt und fehlerhaftes und minderwertiges Material geliefert wird. Die Arbeiterschutzbestimmungen, sowie die Bundesratsverordnung werden in fast keinem Betrieb eingehalten. Am schlimmsten sieht es in den Betrieben in Randersacker aus. Frühstücksbuden (Aufenthaltsräume) fehlen entweder ganz oder sind unzureichend. Trinkwasser und Verbandzeug wird als Luxus betrachtet. In einem Betriebe besteht der Aufenthaltsraum, Pulverkammer und Schmiede aus einem Raum. In Gaubittelbrunn bei der Firma Valentins wird schon wochenlang 11 und 12 Stunden gearbeitet. Der Schutt bei den Firmen Lides in Kirchheim, Arnold in Gießenheim, Herzog in Heibingsfeld und Haas in Kleinrindersfeld wird erst nach Wochen beseitigt. Die Gauleitung wurde beauftragt, die Behörden — Gewerbeinspektion, Bezirksämter und Polizeibehörden — viel energischer zu veranlassen, die Stein- und Bruchbetriebe zu beaufsichtigen. Anerkannt wurde, daß die Gewerbeinspektion in Würzburg soweit ihre Pflicht tut und sich auch im letzten Jahre vieles geändert hat. Jedoch wurde der Wunsch laut, daß sie das Anmelden der Revision unterlassen möchte. Das Organisationsverhältnis ist als befriedigend zu bezeichnen. Die Zahl der Organisierten ist größer als 1906 vor dem damaligen Streik. Eine größere Zahl von Brechern und Hilfsarbeitern sind teils bei uns, teils im Fabrikarbeiterverbande organisiert. Seit dem 1. Juli 1908 sind zwei neue Zahlstellen gegründet worden. Der Streik und die wirtschaftlichen Vorgänge sind an unsern Kollegen nicht spurlos vorübergegangen. Zum 2. Punkt: Die Muschelkalksteinindustrie und die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse referierte Kollege So hse. Der Muschelkalkstein, der seit dem 12. Jahrhundert schon in unserm Gegend zu Befestigungen, Brücken und Hochbauten, sowie als Bord-, Trottoir- und Pflasterstein Verwendung fand, ist seit ungefähr 15 Jahren ein bevorzugtes Material in der Bau- und Monumentalbranche geworden. Lohse schilderte weiter den Aufstieg dieser Industrie, die Vorzüge dieses Materials gegenüber andern Gesteinsarten, sowie den etwas schwierigeren und kostspieligeren Produktionsprozeß. Er zeigte ferner, wie bei vernünftigen Geschäftspraktiken der Firmen und durch energisches Eingreifen der Arbeiter sich dieses Material dauernd das nötige Absatzgebiet sichern könne. Wir als Steinarbeiter haben ein Interesse an der Entwicklung der Branche und müssen bestrebt sein, ihr die nötige Zukunft zu verschaffen. Durch das jetzt bestehende wilde Akkordsystem fehlt den Unternehmern jede Kalkulationsbasis; wilder Konkurrenzkampf der Firmen, niedriger Arbeitslohn, schlechte Arbeit, fehlerhaftes Material seien die Folgen hiervon und führten den Ruin des Gewerbes herbei. Sollen wir das Gegenteil, so müssen wir

auf unsere schon früher erhobene Forderung zurückkommen und auf die Schaffung von vernünftigen Lohnformen drängen. In allen größeren Steinbruchgebieten Deutschlands und auch Bayerns — so unter andern in der Rheinpfalz für Sandstein, im Fichtelgebirge und in Niederbayern für Granit — haben wir Tarife zum Segen beider Teile — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — abgeschlossen. Wenn das bei andern Unternehmern möglich ist, muß es auch hier möglich sein. Jeder vernünftige denkende Arbeitgeber muß die Vorzüge eines Tarifs anerkennen. In allen Zahlstellen wurde infolge der zunehmenden Differenzen der Wunsch nach Regelung immer lauter erhoben. Die Gaukommission hat sich infolgedessen mit der Frage schon seit Monaten beschäftigt und auch die nötigen Vorbereitungen getroffen. Der Zentralvorstand hat seine Zusage gemacht, da vorzuzüglich mit Ausnahme von wenigen größeren Bewegungen der Verband dieses Jahr nicht allzusehr in Anspruch genommen ist. Vielleicht nehmen auch dieses Jahr die Firmen einen andern Standpunkt ein als im Vorjahre. In der nächsten Zeit finden Bezirksversammlungen im ganzen Gebiete statt. Allgemein erklären sich die Delegierten mit den Vorarbeiten der Gaukommission einverstanden. Der 3. Punkt der Tagesordnung: Maifeier, ergab nur eine kurze Diskussion. Der Beschluß der Gaukommission, überall, wo es möglich sei, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, wurde gutgeheißen. Eine offizielle Aufforderung, unbedingt die Arbeit in allen Zahlstellen ruhen zu lassen, wurde in Anbetracht der ungünstigen Verhältnisse nicht erlassen. Die größeren Zahlstellen haben schon einen Beschluß auf Arbeitsruhe gefaßt. Pflicht aller organisierten Kollegen ist es aber, die Veranstaltungen der Arbeiterschaft zahlreich zu besuchen. Der 4. Punkt der Tagesordnung: Verschmelzung der Zahlstellen, wurde der vorgeschrittenen Zeit halber vertagt. Nach einem Schlußwort des Gauvorsitzenden, das Gehörte nun auch in die Tat umzusetzen und das Bemängelte zu bessern, wurde die Konferenz geschlossen.

Korrespondenzen

Dortmund. Am 18. April tagte hier eine außerordentliche, aber leider nur mäßig besuchte Versammlung. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Maifeier; 2. Verschiedenes. Betreffs der Maifeier wurde den Kollegen die Wichtigkeit derselben ans Herz gelegt und es wurde beschlossen, daß dieselbe ja eine Demonstration gegen die Ausbeutung bedeute und gleichzeitig eine Forderung für den Achtstundentag sei, sich an derselben recht zahlreich und würdig zu beteiligen. Es wurde beschlossen, den einen oder andern Kollegen, welcher wegen Maifeiern entlassen werden sollte, aus der örtlichen Kasse zu unterstützen. Im Punkt Verschiedenes handelte es sich hauptsächlich um die Westdeutschen Marmor- u. Granitwerke. Es herrschen da ganz „ideale“ Zustände. Lohnreklamationen und Entlassungen sind an der Tagesordnung. Trotzdem benutzt die Firma den „Steinarbeiter“ und sucht da für ihren Betrieb Leute, besonders in der Granitbranche; wie jetzt wieder zu lesen ist, werden dort Handhelfer gesucht. Wir möchten die Kollegen, die vielleicht auf ein solches Geschäft eingehen wollen, darauf aufmerksam machen, daß sie sich erst bei der Lokalverwaltung erkundigen. Dies gilt besonders für Schiefer. Es werden da nämlich jetzt für 10 Zentimeter breite Fasse, wo es früher zwei Glieder gegeben hat, nur noch ein Glied bezahlt, und so steht es mit vielen andern Sachen auch. In der Marmorbranche sieht es noch viel schlechter aus. Da ist nämlich der Direktor, ein etwas nervöser Herr, der möchte die Arbeit am liebsten umsonst gemacht haben, denn er hat schon Kollegen, welche wegen zu niedrigen Akkordpreisen vorstellig geworden sind, erklärt, sie wollten sich wohl von dem Gelde der Kapitalisten bereichern. Des weitern hat er den Kollegen für Werkstücke, welche 28 bis 30 Mark kosten müssen, einfach 3 Mark angeboten. Diese Woche liegt wieder ein Fall vor. Es handelt sich um einige kleine „Stücken“ von 33 Zentimeter Höhe und 8 Zentimeter Durchmesser. Der betreffende Dreher hat noch vor kurzer Zeit 3 Mark für das „Stück“ bekommen und jetzt soll er dieselben in noch schlechterem Stoff für 1.50 Mark herstellen. Der Kollege ist natürlich nicht darauf eingegangen und hat dann Feierabend machen müssen. Die Kollegen können also hieraus ersehen, welche Zustände hier auf dem Westdeutschen Marmor- und Granitwerke herrschen. Wir ersuchen nun alle Kollegen, welche etwa Lust haben, nach diesem Eldorado zu kommen, sich zunächst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. Gleichzeitig ersuchen wir auch die Kollegen, wenn irgendwo in einem Lokalblatte Steinarbeiter nach Dortmund gesucht werden, die Ortsverwaltung in Kenntnis zu setzen. Soffentlich genügt dieses, und die Kollegen meiden vorläufig die Westdeutschen Marmor- und Granitwerke. Es läßt sich vorläufig nichts machen, denn Unorganisierte und sonstige nützliche Elemente haben dort in der Mehrzahl ihr Domizil.

Hiltrup. In Nr. 15 des „Steinarbeiter“ war zu lesen, daß ich mich den Steinmehren gegenüber unverschämmt und renitent benommen habe. Ich kann nicht beschwören, daß sich ein Steinmeh einmal über mich beschwert hätte. Es wurden zwei Mann entlassen und aus Rache ist besagter Artikel geschrieben worden. Daß mit der Ehre eines Menschen so leichtfertig umgegangen wird, hätte ich nicht für möglich gehalten! Es ist nicht einmal als notwendig angesehen worden, eine Tatsache anzugeben. Der Vertrauensmann von Münster arbeitet ebenfalls hier, gehört also auch unter diejenigen, die nach dem Bericht sich nicht trauen, zu widersprechen. Ob das der Wahrheit entspricht, darüber zu urteilen überlasse ich denen, die hier beschäftigt sind. Ein großer Freund von solchen Feiglingen bin ich gerade nicht! Weiter ist zu lesen: „Jeder Steinmeh kann nach Belieben zu andrer Arbeit für 45 Pfg. Stundenlohn herangezogen werden.“ Diese Behauptung ist nicht wahr. Es kommt überall vor, daß in der Arbeit mal eine Pause von 8 bis 14 Tagen eintritt und man infolgedessen nicht arbeiten lassen kann; von einem Platzwechsel hat der Arbeiter wie auch das Geschäft Schaden. Ich habe nun mit den Steinmehren vereinbart, daß in solchen Fällen es jedem freistehe, in die Handarbeiter-Kolonie für 45 Pfg. pro Stunde einzutreten; Kündigung gibt es nicht, folgedessen ist es freier Wille. Die Bundesratsverordnung wird hier besser beachtet als in Münster; gibt es doch jetzt noch welche, die 10 Stunden für 40 Pfg. arbeiten. Der Veranlasser des Artikels ebenso Vorstandsmitglieder haben doch selbst an der Gamberitische 10 Stunden 40 Pfg. gearbeitet. Daß Schmidt sein Brot in der Nähe des Aborts verzehrt hat, ist Geschwätz. Das Fabrikgrundstück umfaßt 60 000 Quadratmeter; da ist wohl noch ein Plätzchen zu finden, wo es nicht stinkt. Besonders sind die Akkordlöhne zu beachten. Dieselben sind in Gegenwart des Vertrauensmannes von Münster festgesetzt worden. Der Verdienst ist im Verhältnis zu andern Orten einigermaßen. 1908 ist es bei keinem Steinmeh vorgekommen, daß er im Akkord weniger als seinen Tagelohn verdiente. Der Jahresverdienst von allen zusammengerechnet, ergibt einen Verdienst von 5.25 Mark pro Tag. 1909 ist bis 23. März im Akkord ein Stundenlohn von 65 bis 82 Pfg. erreicht worden. Die spezialisierte Aufstellung habe ich dem Vertrauensmann ausgehändigt. Bemerkern will ich noch, daß 9 Stunden und Sonnabends 8 Stunden gearbeitet wird. Mich wundert es nur, daß die Vorstandsmitglieder von Münster den Bericht abschiden konnten, ohne die schändlichen Zustände in der Versammlung zur Sprache gebracht zu haben oder den Gauleiter davon zu benachrichtigen, damit er für Abhilfe Sorge, denn selbst haben sie den Mut nicht dazu. Ich werde mich auch durch den Artikel nicht veranlaßt fühlen, in meiner Leitung und Behandlung der Steinmehren anders zu verfahren, als es mir mein Pflichtgefühl vorschreibt. Solche Herren, welche Recht und Pflicht nicht auseinanderhalten können werde ich auch in Zukunft nicht mit Handschuhen aufpassen.
D e n e r t, Vertriebsleiter,
Terraquorier,
Hiltrup i. Westf.

Mittweida. Die regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 18. April im Neujungarten statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung zwei verstorbene Kollegen durch Erheben vor den Plätzen. Der Kassierer verlas die Wertschätzung vom 1. Quartal und wurde auf Antrag demselben Entlassung erteilt. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Keim wiedergewählt. Es entspann sich über diesen Punkt eine längere Debatte, in welcher der Zentralvorsitzende, Kollege Starke, in längeren Ausführungen den Kollegen die Situation der Zahlstelle vor Augen führte. Im weiteren wurde an Stelle eines auscheidenden Revisors Kollege Richard Dehm gewählt. Auch machten sich die Wahlen zweier Kommissionsmitglieder bei der Firma Peterich notwendig. Es wurden die Kollegen Keim und Leisinger dazu gewählt. Im Punkt Kartellbericht wurde die Mitarbeiter einer Kritik unterzogen. Kollege Starke führt über diesen Punkt sehr anerkennenswerte Tatsachen aus, die darin gipfeln, daß es Ehrensache eines jeden Proletariats wäre, den ersten Mai als Ruhetag zu begehen. Beschlüsse hierzu sollen auf den Plätzen gefaßt werden. Auf Anregung aus der Versammlung wurde einem Kollegen eine Unterstützung aus der Lokalkasse gewährt.

Ofterode a. Harz. Am 18. April fand unsere Versammlung im Schützenhause statt. Die Quartalsabrechnung des Kassierers wurde für richtig befunden und der Vorstand entlastet. Unter verschiedenen wurden die Arbeitsverhältnisse im Bruch Studenloch einer Kritik unterzogen. Bereits in einer früheren Versammlung wurde an den bestehenden Verhältnissen kritisiert, aber die Vorsitzenden haben sich dann vor dem Arbeitgeber jammertlich verhalten. Der Bruchmeister erklärt einfach, wenn die Kollegen zum Steineschlagen in den Bruch kommen: „Ich habe keine in der Tasche; auch die Steinarbeiter von Wildemann laufen mir das Haus ein“ usw. Die Entlohnung im Studenlocher Betrieb geht auch nach zweierlei Maß, denn einer bekommt die durch Materialmangel veräußerte Arbeitszeit ersetzt, die andere nicht. Dies sind jedenfalls Zustände, die dringend einer Abänderung bedürfen. Dazu gehört aber eine andre Energie, als wie die in Frage kommenden Kollegen bisher entwickelt haben.

Springe a. D. Im Nächsten sollen die eigenartigen Zustände in dem D. Plügerischen Betriebe in Springe-Altenhagen einer Besprechung unterzogen werden. Organisierte Steinarbeiter werden hier seit Dezember vorigen Jahres nicht mehr eingestellt, weil solche ihre Arbeit nach dem abgeschlossenen Tarif begehrt verlangen. Um so mehr hält der Herr Geschäftsführer seine väterliche Hand über die Unorganisierten, welche bis zu 25 Prozent billiger arbeiten müssen. Es kommen Löhne von 50 Mark in vier Wochen vor. Den Kollegen wurden Stücke für 31, 50, 70 Pfg. usw. angeboten, trotzdem im Tarif steht: „Alle Stücke unter 75 Pfg. werden im Tagelohn gearbeitet.“ Die Steinhauer weigerten sich schließlich, unter diesen Bedingungen weiter zu arbeiten; es kündigten 5 Mann, weiteren 5 Mann, darunter die „Nächsten Schächter“, wurde aus Rache vom Geschäftsführer gekündigt. Es arbeiten jetzt noch 4 Mann, welche es vorziehen, weiter zu hungern. Wieweit die „väterliche Bevormundung“ der Kollegen geht, erfährt man daraus, daß die Unorganisierten vor jeder Berührung mit den Verbandsmitgliedern vom Betriebsführer gewarnt werden. Betritt ein Kollege den Ort, um seine Landsleute aufzuklären, so muß sofort das Telefon in Aktion treten, um vor dem anstehenden Ungewitter zu warnen. Es hat aber alles nichts geholfen; wir werden erreichen, was wir wollen! Die „hohen“ Löhne sorgen allein schon dafür, den Arbeitern die Augen zu öffnen. Die willigen Arbeitskräfte werden mit allen möglichen „Höflichkeit“ bedacht und von einem Betrieb in den andern gelockt, um des Unternehmers Schmutzkonzurrenz weiter Vorschub zu leisten. Es sei vor allen Dingen den Kollegen in den bayrischen Zahlstellen aus Herz gelegt, Arbeitsangebote von seinen hiesigen Arbeitgeber ohne weiteres abzulehnen und die genannten Orte zu meiden.

Zwickau. In einer am 15. April tagenden Versammlung gab zunächst Kollege Köffel den vierteljährlichen Rassenbericht. In der anschließenden Debatte wurde beschlossen, die Reiseunterstützung vom 1. Mai ab bei dem Vorsitzenden, Kollegen W. Köhler, auszubehalten. Betreffs der Mitarbeiter wurde beschlossen, wie alljährlich, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern, und sich den örtlichen Veranstaltungen vollständig anzuschließen. Zu Punkt 3: Tarifangelegenheiten, wurde eine Kommission gewählt, welche beauftragt wurde, eine Vorlage zur Abänderung unfres seit 1898 bestehenden Tarifs der nächsten Versammlung vorzulegen. Weiter fanden einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung.

Die Genasführten.

Mit der Reichsfinanzreform wollen sich jetzt auch die evangelischen Arbeitervereine befassen. Die Art und Weise, wie viele Aktion eingeleitet wird, ist nun so außerordentlich charakteristisch für die geistige Unmündigkeit dieser treuesten Schäflein der Kirche und des Unternehmertums, daß es sich lohnt, sie etwas näher zu beleuchten. Es ist natürlich von vornherein vollkommen ausgeschlossen, daß die evangelischen „Arbeiter“, die sich bekanntlich mindestens zur Hälfte aus der Beamenschaft, Geistlichen, Lehrern und Gewerbetreibenden rekrutieren, sich eine eigene politische Meinung zu bilden vermöchten. Sie beziehen im Gegenteil ihre Erleuchtung, wie immer so auch in diesem Fall von ihren „geistlichen Beratern“, an deren Strippe die ganze evangelische Arbeiterbewegung tanzt. Ihr Vorsitzender, der bekannte Exzentrik Weber-M. Glabach, hat sich der Nähe unterzogen, die „Ueberzeugung“ seiner Herde in einer Resolution zusammenzufassen, die er dem Verbandsauschuß der evangelischen Arbeitervereine zur Annahme unterbreitet. Dieses geistliche Produkt hat den folgenden Wortlaut:

1. Der Aushauß hält die baldigste Durchführung der Reichsfinanzreform im Interesse der Ehre und der Zukunft des Deutschen Reiches für unbedingt notwendig. Er dankt der Reichsregierung für ihr Bestreben, neben den indirekten, die Massen des Volkes belastenden Steuern auch direkte, den Besitz treffende Steuern in geeigneter Höhe zur Durchführung zu bringen. Den Reichstag bittet er, in diesem großen geschichtlichen Augenblick sich seiner Aufgabe gewachsen zu zeigen und über alle menschlichen Interessengegenstände hinweg das Ziel im Auge zu behalten. Eine durchgreifende Reichsfinanzreform ist nicht ohne allseitige Opfer möglich. Alle Stände und Interessenskreise müssen Lasten auf sich nehmen, aber die tragfähigsten — Schultern am ehesten. Hier muß sich der Patriotismus mit der Tat bewähren. 2. Für den Fall einer Reichstagsauflösung, die nicht unmöglich ist, erinnert der Aushauß die Mitglieder des Gesamtverbandes daran, daß sie gemäß dem sozialen Programm und den Beschlüssen des Gesamtverbandes nur für die Kandidaten eintreten dürfen, die auf dem Boden des Evangeliums stehen, treu zu Kaiser und Reich stehen und gewillt sind, an der Fortführung der sozialen Reform mitzuwirken.

Wüßte man sonst nichts von der „Entschliebung“ der evangelischen Schäflein — an ihrer Annahme durch den Gesamtauschuß ist nicht zu zweifeln — der letzte Absatz allein würde ausreichen, um ihre Geistesverfassung zu kennzeichnen. In einem Augenblick, da der „Patriotismus“ der bürgerlichen Parteien, an den die Resolution appelliert, sich im schmutzigsten Interessengegank herrlich offenbart, wird den geleithestimmten Arbeitern ausdrücklich eingeschärft, daß sie unter keinen Umständen sich unterziehen dürfen, bei einer eventuellen Reichstagsneuwahl denen die Heresie zu verweigern, die jetzt darauf sind, der großen Masse des Volkes die ganze Last der neuen Steuern aufzuhallen, um ihr eigenes Portemonnaie zu schonen. Diese dreiste Zumutung wird höchstens noch überboten durch die ausdrückliche Dankagung an die Regierung „für ihr Bestreben, neben den indirekten, die Massen des Volkes belastenden Steuern auch direkte, den Besitz

treffende Steuern in geeigneter Höhe zur Durchführung zu bringen.“ Diese päpstliche Leistung ist geradezu eine irdische Verhöhnung der evangelischen Arbeiterschaft. Man müde ihnen zu, daß sie sich noch ausdrücklich bekant für die Ehre, auch dieses Mal wie bei allen früheren Finanzreformen“ die neuen Steuern aus ihren schmalen Einkünften bezahlen zu dürfen, damit ihre bürgerlichen „Gönner“ ihre vielgerühmte „patriotische Opferwilligkeit“ nicht durch die Tat zu beweisen brauchen. Sie sollen die Krante küssen, mit denen sie zum hundertsten und tausendsten Male gegügelt werden! Die leitenden Persönlichkeiten der evangelischen Arbeitervereine müssen ihre Mitglieder sehr genau kennen, daß sie ihrer Schafgebild derartige Belastungsproben zuzutrauen wagen.

Ist der Alkohol ein Gift?

In einer von dem Vorstande der Leipziger Ortskrankenkasse und dem Kartellauschuß einberufenen Versammlung sprach Dr. med. Korman über dieses Thema. Wir entnehmen den Ausführungen folgendes:

Der Alkohol entsteht durch einen Lebensprozeß des Gefepläzes, der Zucker in Kohlenäure und Alkohol verwandelt. Aber nicht nur der Zucker selbst, sondern auch eine ganze Reihe anderer zuckerbildende Substanzen, sowie alle stärkehaltigen Samen und Knollen geben Alkohol, z. B. Honig, Obst, süße Milch, Korn, Reis, Mais, Rüben und Kartoffeln. Die größte Menge Alkohol, die aus diesen Substanzen zu gewinnen ist, sind 14 bis 15 Prozent. Bei einer größeren Menge würden die Gefezellen in ihrem eigenen Produkt absterben. Will man Alkohol in konzentrierter Form haben, so muß er destilliert werden.

Der Prozentsatz des Alkohols in den einzelnen alkoholhaltigen Getränken ist ganz verschieden. Von den Weinen enthalten Obstweine 4 bis 10 Prozent, die deutschen Weine bis 10 Prozent und die Süddeine 15 bis 20 Prozent. Stark alkoholartige Getränke sind Rak und Rum. Bei den Bieren steigt der Alkoholgehalt von 1—2 Prozent bei dem einfachen Braubier bis auf 5—6 Prozent beim Bodbier. Lagerbier enthält 3 bis 4 Prozent und Bayerischbier 4 bis 5 Prozent Alkohol. Da Bier außer dem Alkohol noch 4—5 Prozent Zucker und 0,7 Prozent Eiweiß enthält, ist es von den Interessenten oftmals als „flüssiges Brot“ bezeichnet worden. Das Unpassende dieses Vergleichs springt sofort in die Augen, wenn man den Nährwert mit dem Preis des Produkts vergleicht. Vier Liter Bier, die zwei Mark kosten, enthalten ungefähr soviel Nahrungstoffe wie acht Semmeln, die man für 25 Pfg. kaufen kann. Bier ist also achtmal teurer als Semmeln, fünfzehnmal teurer als Schwarzbrot und dreißigmal teurer als Kartoffeln. Die größten Mengen und den minderwertigsten Alkohol, die sogenannten Fuselöle, enthalten die Branntweine, und zwar von 21 bis 77 Prozent.

Der Alkoholgenuß hebt schließlich im menschlichen Körper die Lebensvorgänge auf, indem er in den Säftestrom und in das Innere der Zellen dringt. Am schnellsten werden die Nervenzellen der Hirnrinde angegriffen und gelähmt. Alle die angeblich guten Eigenschaften, die dem Alkohol angedichtet werden, wie die, daß er anregt, in heitere Stimmung versetzt usw., sind nur Täuschungen und von der Wissenschaft im Gegenteil als Lähmungserscheinungen erkannt, die bei fortgesetztem Alkoholgenuß zu schweren Erkrankungen und schließlich zu völliger Auflösung führen müssen. Auch die Behauptung, daß der Alkohol den Körper erwärmt, ist hinfällig. In Wirklichkeit wird die Körperwärme durch den Alkohol viel schneller aufgebraucht.

Von den einzelnen Organen im menschlichen Körper haben bei fortgesetztem Alkoholgenuß am meisten die Nieren zu leiden. Es ist als sicher anzunehmen, daß alle Trinker an chronischer Nierenentzündung leiden. Sehr häufig findet sich auch eine Erweiterung und Vergrößerung des Herzens und in innigem Zusammenhang damit eine Verkalkung der Adern. Bei Schnapstrinkern sind am häufigsten die Leberschrumpfungen. Die Schleimhäute werden schon von verhältnismäßig geringem Alkoholgenuß angegriffen und führen zu den verschiedensten Katarrhen, Druck auf den Magen, Appetitlosigkeit, Magenerweiterung, Geschwüren usw. Auch in den äußeren Nervenzweigen zeigen sich charakteristische Entzündungen und Schmerzempfindungen, die dann gewöhnlich fälschlich als Reizen oder Rheumatismus angesehen werden, aber nichts weiter sind, als Folgen des Alkoholgenusses und oft mit Muskelschwäche und gänzlicher Lähmung enden. Häufig vorkommende Trinkerkrankheiten sind noch Gicht, Fettsucht und die Zuckerkrankheit.

Der Alkohol ist deswegen ganz besonders gefährlich, weil sich der Trinker sehr leicht daran gewöhnt und dann nach immer größeren Mengen verlangt. Und dieser Trieb wird noch gefördert durch gesellschaftliche Usitten, Trinkzwang usw. Aber die Wirkung betrifft nicht den Trinker allein, sondern zeigt sich auch bei der Nachkommenschaft, und zwar in immer stärkerer Weise, so daß eine allgemeine Degeneration und Minderwertigkeit eintritt. Es ist nicht allein die moderne Entwicklung der Kultur, die die Nervosität gesteigert hat. Eine ganze Reihe von Erscheinungen, wie Weiztanz, Epilepsie, Geisteskrankheiten und Veranlagung zu Verbrechen sind dem Alkoholgenusse geschuldet. Die Frage: Ist Alkohol ein Gift? ist demnach zu bejahen.

5. allgemeiner Kongreß der Krankenkassen Deutschlands.

An die Vorstände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich!

Auf Beschluß des letzten Krankenkassenkongresses berufen die Unterzeichneten hiermit den fünften allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands zum 17., 18. und 19. Mai 1909, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, in Dappold's Brauerei, Hasenheide 32—38, ein.

Tagesordnung: Die Vorlage zur Reichsversicherungsordnung. (Die Referenten werden später noch bekannt gegeben.)

Zu diesem Kongreß werden alle Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts- und freien Hilfskrankenkassen Deutschlands hierdurch eingeladen. Wir geben und der Hoffnung hin, daß die Krankenkassenvorstände die Notwendigkeit des Kongresses einsehen werden, da es gilt, der Regierung unsere Wünsche hierzu gemeinsam zu erkennen zu geben.

Wir ersuchen daher alle Vorstände genannter Krankenkassen, unverzüglich Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und den Kongreß zu beschicken. Wo mehrere Kassen an einem Orte sind, können diese auch gemeinsam zu der Beschickung des Kongresses Stellung nehmen. Die Kosten für die Beschickung trägt jede Kasse resp. Kassenvereinigung selbst.

Der Kongreßbeitrag beträgt für jeden Teilnehmer 5 Mk. Dieser Beitrag ist vorher mit der Anmeldung zum Kongreß

nur an die unterzeichnete Zentrale, Berlin, Engelauer 15, an G. Simanowski einzusenden, wonach jeder Gemeldete die Kongreßmitgliedskarte zugesandt erhält. Es ist daher notwendig, daß jeder Delegierte seine genaue Adresse angibt, damit ihm die Karte auch zugeht werden kann.

Anträge für den Kongreß, welche die Tagesordnung betreffen, sowie sonstiges geeignetes Material ist spätestens bis zum 10. Mai d. J. an die unterzeichnete Zentrale einzusenden.

Jeder Delegierte muß als Ausweis eine Mitgliedskarte oder ein von seinem Krankenkassenvorstand oder von seiner Kassenvereinigung ausgestelltes Mandat haben, in welchem die nachstehend aufgeführten Angaben gemacht sind.

Auf der Anmeldung resp. Mandat ist die zu vertretende Krankenkasse sowie der Mitgliederbestand vom 1. April 1909 genau anzugeben. Ebenso ist anzugeben, ob der Vertreter Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder Kassenbeamter ist. Die Bezeichnung „Vorsitzender“ oder „Vorstandsmitglied“ genügt nicht.

Das Kongreßbureau wird am Sonntag, den 16. Mai, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, in den Reställen im Grand-Hotel am Alexanderplatz (Eingang vom Alexanderplatz) geöffnet sein. Es können dort unter Vorzeigung der Mitgliedskarte die Kongreßabzeichen und event. Druckfachen in Empfang genommen werden.

Die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen.
G. Simanowski.

Der Zentralverband von Krankenkassen im Deutschen Reich.
F. Fräßdorf, Dresden.

Der Verband der freien Hilfskrankenkassen.
G. Blume, Hamburg.

Aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Ofterfeiertage wurden von mehreren österreichischen Zentralverbänden zu Generalversammlungen und Verbandsversammlungen ausgenützt. So auch vom Holzarbeiterverband, der durch die Krise schwer heimgefußt wurde, trotzdem aber erhebliche Fortschritte aufzuweisen hat. Der Mitgliederstand hat sich seit zwei Jahren von 28 596 auf 31 818 erhöht — immerhin eine Steigerung von 11 Prozent. Die 650 lokalorganisierten gewesenen Wiener Musikinstrumentenmacher sind dem Verbands beigetreten. Die Fluktuation ist vielfach: in den zwei Jahren gingen 26 103 Mitglieder wieder verloren — der Verband könnte ohne diese Fluktuation doppelt so groß sein. Interessant ist, daß infolge des türkischen antiosterreichischen Boykotts wegen der Anexion Bosniens die Fabrikation „gebogener“ Möbel um ein volles Drittel eingeschränkt wurde! Der Holzarbeiterverband hatte 1906 160, 1907 166 und 1908 115 Lohnbewegungen in 3500 Betrieben mit 26 000 betroffenen Personen. 1907 und 1908 gab es 244 Angriffs-, 30 Abwehrbewegungen und 7 Aussperrungen. Die Kosten der meist günstig ausgegangenen Lohnbewegungen betragen 1906—1908 mehr als 450 000 Kronen. Für mehr als 19 000 Arbeiter wurden Verkürzungen der Arbeitszeit um 10—18 Stunden wöchentlich erreicht, für 9800 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden Lohnerhöhungen erkämpft; 1906 wurden 16, 1907 20, 1908 schon 28 Kollektivverträge abgeschlossen. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausgezahlt 1907: 131 000 Kronen, 1908: 217 000 Kronen. Die Reiseunterstützung stieg von 9000 Kronen im Jahre 1905 auf 30 000 Kronen im Jahre 1908. Die Zahl der Ortsgruppen stieg 1902 bis 1908 von 90 auf 318, die Gesamteinnahmen in der gleichen Zeit von 67 706 auf 688 567 Kronen und die Gesamtausgaben von 30 999 Kronen auf 745 363 Kronen. — Der Vorstand schlug dem Verbandsstag eine Vertragsverhöhung von 30 auf 39 Heller wöchentlich für Männer, von 10 auf 15 Heller für Frauen, Sperrung der 2. (niedrigeren) Beitragsklasse und Erhöhung der Einschreibgebühr von 25 auf 50, bzw. 20 auf 30 Heller vor.

Die Union der Ziegeleiarbeiter hatte in den letzten Jahren mehr als 72 000 Kronen Einnahmen und erkämpfte dieser so bedrückten Arbeiterschaft viele Verbesserungen.

Die Gewerkschaft (staatlichen!) Tabakarbeiterinnen und Arbeiter — deren gewerkschaftlicher Organisation die Monopolverwaltung längst keine Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen magt — steigerte ihren Mitgliederstand von 3288 im Jahre 1904 auf 6855, ohgleich — durch Einführung der Zigarettensteuer — die Zahl der Beschäftigten fortwährend sinkt. Von 1000 Tabakarbeitern sind erst 172 organisiert. (Die Fabriken sind zumeist in ganz rückständigen, Notstandsgebieten mit verelendeter, verpuffter Bevölkerung.) An Lohnerhöhungen erkämpfte diese Gewerkschaft der Tabakarbeiter seit ihrer Schaffung (1904) nicht weniger als 4 985 202 Kronen! Aus den Berichten der Verbandsdelegierten war zu ersehen, wie beispiellos terroristisch und gemein die katholischen Pfaffen in vielen Gegenden gegen den Verband vorgehen.

Der Steinarbeiterverband steigerte seit 1904 die Zahl seiner Ortsgruppen von 43 auf 83, die der Mitglieder von 2000 auf 4792, die Einnahmen von 18 337 auf 81 621, und die Ausgaben von 14 483 auf 83 729 Kronen. Wie schon bei den Holzarbeitern beschließt auch hier das Krisenjahr mit einem Fehlbetrag ab.

Der Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Oesterreichs, der einen harten Kampf gegen die christlich-sozialen und deutsch-nationalen Schwindelvereine vom Schläge des sich in Deutsch-Böhmen recht maßig machenden D. S. V. zu führen hat, hat große Erfolge, insbesondere bei genossenschaftlichen Wahlen in den Handelsgremien aufzuweisen. 1908 hatte er 2826 Neubeitritte; die Zahl der Zweigvereine ist 54, die Einnahmen betragen 1908 137 586 Kronen, gegen kaum 95 000 Kronen im Jahre 1906. Hervorzuheben ist der unausgesetzte Kampf des Vereins um die Sieben-Ühr-Sperrung und die z. B. in Böhmen noch nicht eingeführte völlige Sonntagsruhe. (In Böhmen können die Geschäfte Sonntags von 7—11 Uhr vormittags offen gehalten werden, nur Prag hat die völlige Sonntagsruhe.)

Rundschau.

Grundrente und Gemeinwohl. Als ein Beweis für die Notwendigkeit der Ueberführung alles in der Nähe der Städte gelegenen Baulandes in den Besitz der Gemeinden ist die Gestaltung und Entwicklung des von der Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. im Erbbaurecht errichteten Häuserblocks an der äußersten Außenlinie der Stadt anzusehen.

Das 17 580 Quadratmeter umfassende Gebäude stellte zurzeit, als die Bebauung in Angriff genommen wurde, einen Wert von 131 250 Mk. dar. Für Kanäle und Straßen wurden 72 780 Mk. aufgewandt, die gesamten Herstellungskosten des Blocks betragen 1 506 000 Mk. Der Vertrag mit dem Weisfrauenstift, der Eigentümerin des Gebäudes, wurde am 30. Jahre abgeschlossen. Nach verlässlicher Schätzung wird das im Jahre 1901 für 131 250 Mk. erworbene Terrain im Jahre 1981 einen Mindestwert von 875 000 Mk. und Gebäude in Straßen, die ja dann vertragsmäßig dem Stifte zufallen, nach reiflicher Abschreibung einen solchen von 1 Million Mark, zusammen also 1 875 000 Mk. haben. — Nur durch Ueberführung allen verfügbaren Landes in Gemeindebesitz und durch Erbbaurechte für die zu errichtenden Gebäulichkeiten kann verhindert werden, daß die private Spekulation sich die Arbeitskraft von Generationen und die durch die Ausdehnung der Städte, die Anlage von Straßen, Kanalisation usw. gesteigerten Bodenwerte zunutze mache.

Der Konsumverein als Regulator der Warenpreise und Arbeitsbedingungen in Privatbetrieben. In den Berichten der Gewerbeinspektoren wird regelmäßig darüber Klage geführt, daß von einer Anzahl Bäckermeister die Vorschriften über die Dauer der Schichten und Ruhepausen nicht beachtet werden, ob-

gleich sie nun länger als zwölf Jahre bestehen. Eine Ausnahme macht der Jahresbericht des Mainzer Gewerbeinspektors, der feststellt, daß in Mainz kaum noch Beanstandungen nötig seien, die Arbeitszeiten auszureichen und Ueberarbeitsstage nur wenig in Anspruch genommen würden. Als Erklärung für diesen erfreulichen Umstand führt der Gewerbeinspektor folgendes an: Die früher bekanntgewordenen Ueberschreitungen geschähen fast ausschließlich in der Stadt Mainz. Hier hat die nunmehr seit zwei Jahren bestehende Bäckerei der Spar-, Konsum- und Produktionsgenossenschaft einen großen Einfluß ausgeübt, indem dort mit einem Bäckermeister und 13 Gehilfen in dreifachem Betriebe mit guten Arbeitsmaschinen über 1/2 Million Brote, etwa 3 Millionen Frühstücksbrötchen (Bede) und eine große Menge der verschiedensten Kuchen hergestellt wurden.

Wir registrieren diese Feststellung des Mainzer Gewerbeinspektors mit Vergnügen. Bestätigt sie doch, daß durch die fortschreitende Entwicklung der Konsumgenossenschaften auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Privatbetrieben günstig beeinflusst werden. Wie auf dem Gebiete der Warenpreisfestsetzung ist der Konsumverein auch berufen, Regulator der Arbeitsbedingungen in Privatbetrieben zu sein. Gerade letztere Tatsache wird bedauerlicherweise von einem sehr großen Teile der Arbeiterschaft viel zu gering veranschlagt.

Beendeter Streik in Belgien. Der Streik der Steinarbeiter in Lancy ist beendet, die Arbeit wurde am 1. April wieder aufgenommen. Wegen Mangel an benötigten Finanzen mußte nach langer Dauer desselben auf eine Einigung gedrungen werden. Es wurde dann eine Vereinbarung getroffen, wonach alle an der Bewegung Beteiligten wieder eingestellt werden, ferner erkennen die Meister die Organisation der Arbeiter an, während die Arbeitszeit wie früher mit 11 Stunden festzusetzen wurde. Es ist, wenn auch der Erfolg nicht derjenige zu sein scheint, wie erwartet, doch immerhin ein sehr schöner, denn speziell die Anerkennung der Organisation, welche ja die Meister vernichten wollten, bedeutet einen großen Fortschritt für Belgien. Es ist deshalb auch verständlich, wenn die Arbeiterschaft dort sich doch als Sieger des Kampfplatzes fühlt, denn bedenkt man, welche Mittel alle angewendet wurden, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten, so gilt es doch als Anerkennung des Besiegten, wenn die Meister jetzt darauf eingegangen.

Die Ausgesperrten in Lancy nehmen nochmals die Gelegenheit, um allen Spendern von Geldern den besten Dank auszusprechen und versichern, die internationale Solidarität hochzuschätzen.

Große Arbeitslosigkeit. Die Leipziger Steinmehnen führen über den Grad der Arbeitslosigkeit eine genaue Statistik. Für den Monat März ergab sich folgendes Bild: Beschäftigt waren 198 Kollegen, davon wurden 122 von der Arbeitslosigkeit betroffen. Insgesamt waren diese 122 Kollegen 1799 Tage ohne Erwerb. Rechnet man 5 Mark Tagesverdienst, so ergibt sich, daß die Kollegen innerhalb eines Monats 8995 Mark Lohnneinbuße zu verzeichnen haben.

Scherm kontra Wiesenthal. Wie wir der Metallarbeiterzeitung entnehmen, ist mit folgendem Vergleich, der auf Grund einer Beleidigungsklage des Genossen Scherm gegen den Renegaten Wiesenthal zustande kam, einem langjährigen Verleumdungsfeldzug gegen den Genossen Scherm, Redakteur der Metallarbeiterzeitung, der Boden entzogen:

„Aus den Differenzen zwischen Wiesenthal und dem Deutschen Metallarbeiterverband war eine Privatklage des Redakteurs der Metallarbeiterzeitung, Kollegen Scherm, gegen Wiesenthal, sowie eine Widerklage Wiesenthals erwachsen. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte am 7. Oktober 1908 war vertagt worden. Am 29. März fand nun die Verhandlung mit Beweisaufnahme statt, in der die Genossen von Bollmar, Gildesum und Eybow vernommen wurden. Auf Grund des Ergebnisses dieser Beweisaufnahme kam folgender Vergleich zustande:

Herr Wiesenthal erklärt: Ich habe nach vollständiger Klarlegung durch die Beweisaufnahme die Ueberzeugung gewonnen, daß folgende Behauptungen:

1. Herr Scherm hätte an bürgerliche Blätter aus den Sitzungen der Parteiorgane Berichte geliefert, hätte für Geld den Verräter an der Partei gespielt und hätte sich selbst im Nürnberger Parteiorgan als Judas und Verräter bezeichnet,

2. Herr Scherm hätte den Metallarbeiterverband dauernd mit Geld betrogen und 10 M. wöchentlich in die Tasche gesteckt, welche er an den Verband hätte zurückgeben müssen, unwirksam sind.

Ich nehme diese Behauptungen und die in dem zur Angeklagten Artikel enthaltenen formellen Beleidigungen zurück.

Herr Scherm erklärt: Ich nehme die der Widerklage zugrunde liegende Behauptung, Herr Wiesenthal fürchte den Ausschluß aus der Partei, weil ihm die Parteigenossen gut genug wären, um sein Bier zu trinken, sowie die in demselben Artikel enthaltenen formellen Beleidigungen zurück.

Von den Gerichtskosten trägt Kläger ein Drittel, Beklagter zwei Drittel. Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet. Dieser Vergleich ist in der Nummer des Deutschen Metallarbeiter (Berlin) und der Metallarbeiter-Zeitung (Stuttgart), in der dies technisch zunächst möglich ist, abzudrucken.“

Wie man mit den Christlichen umspringt. In Blaibach bei Blaiberg stellte der Bürgermeister einem christlich organisierten Kollegen folgende Bescheinigung aus:

Hierdurch wird dem Steinmehnen und Häusler Karl Bergbauer bestätigt, daß derselbe, weil er die (christliche) Organisation nach hier brachte, von den Arbeitgebern keine Arbeit bekommt und auch keine zu hoffen hat.

Blaibach, den 24. März 1909.

Bergbauer, Bürgermeister.

Wir müssen einen solchen Internerterrorismus auf das schärfste verurteilen. Wo bleibt da für die Steinarbeiter das Koalitionsrecht? Weiter aber fragen wir: Wie können es die guten katholischen Steinmehnen mit ihrer Religion vereinbaren, mit einer solchen Rigorosität gegen Arbeiter aufzutreten? Der „christlich organisierte“ Kollege Bergbauer mag ein sehr guter Katholik sein, aber seine Religionsgenossen, die Herren Steinmehnenmeister, bringen es trotzdem fertig, ihn dem größten Elend preiszugeben. Wo bleibt da die christliche Nächstenliebe? Wir mennen uns in die Religionsangelegenheiten unserer Kollegen niemals ein, die Religion hat mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun; aber gerade deshalb sind auch die „speziellen“ christlichen Arbeiterorganisationen überflüssig.

Arbeitslosigkeit der Maurer im Gau Dresden.

Am 27. März wurden 7151 Mitglieder befragt. Von diesen standen in Arbeit 5352, und arbeitslos waren 1799 gleich 25 Prozent. Von den 1799 Mitgliedern ohne Arbeit feierten 1528 wegen Arbeitsmangels, 50 wegen der Witterung und 221 waren krank. Wenn die Kranken außer Betracht gelassen werden, dann betrug die Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsmangels 22 Prozent und wegen Witterungseinflüssen 1 Prozent, wegen Krankheit 3 Prozent.

Die Gewerdegewaltswahl in Mannheim.

Bei der am 15. April in Mannheim stattgefundenen Gewerdegewaltswahl entfielen auf die Arbeitnehmerliste des Gewerkschaftskartells 7887 Stimmen gegen 5198 im Jahre 1905. Die Christen brachten es auf 1457 (1905: 992), die Kirch-Dundersen und Evangelischen Arbeitervereine auf 588

(1905: 479) Stimmen. Befürworter erhalten: die Christen 5 (6), die Kirch-Dunder 2 (3), das Gewerkschaftskartell 28 (27).

Bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer beteiligte sich zum ersten Male der Arbeitgeberrat, der die Schlichter wie die Mittelständler zur Wahlurne brachte. Auf deren Liste entfielen 833 Stimmen, während auf die Liste des Kartells 97 Stimmen entfielen. Das Kartell bekam 4 (7), der Arbeitgeberrat 31 Sitze.

Sind Mitgliedskarten als Briefe im Sinne des Postgesetzes anzusehen?

Das Landgericht in Hamburg hat den 12. November v. J. den Kaufmann Mag. G. Stein von der Anklage des Vergehens gegen das Postgesetz freigesprochen, nachdem ein früheres Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Der Angeklagte hat als Inhaber einer Beförderungsanstalt für einen Verein eine größere Anzahl Jahrbücher nebst Mitgliedskarten an die Vertrauensmänner gesandt, damit diese die Karten an die Mitglieder weitergeben konnten. Es entstand die Frage, ob die Mitgliedskarten als Druckstücke oder Briefe anzusehen sind. Sie enthielten außer dem üblichen Vordruck den Namen des Mitgliedes und außerdem eine Mitgliedsnummer. Die Karten dienten dem Zwecke der Legitimation, namentlich wenn es sich darum handelte, Vergünstigungen entgegenzunehmen. Das Gericht hat auch angenommen, daß die Karten nicht als Briefe anzusehen seien, da sie eine individuelle gedankliche Mitteilung an den Adressaten nicht enthielten, weil sowohl der Vordruck als die Mitgliedsnummer dem Empfänger bereits bekannt sind. Eventuell aber, so sagt das Gericht, ergibt sich die Freisprechung daraus, daß der Angeklagte nicht die Beförderung der Mitgliedskarten vom Vorstand bis zu den einzelnen Mitgliedern bewirkt, sondern lediglich den Verkehr zwischen dem Vorstand und den Vertrauensmännern bewirkt hat. — Gegen das Urteil hatte die Oberpostdirektion Hamburg Revision eingelegt. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils. Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision. Es ist einwandfrei festgestellt, daß die Karten gedanklichen Inhalt für die Mitglieder nicht hatten. Daß sie solchen für die Vertrauensleute ebenfalls nicht hatten, ist zwar nicht ausdrücklich festgestellt, aber es kann nach dem ganzen Zusammenhange der Entscheidungsgründe angenommen werden, daß das Landgericht auch die Frage geprüft hat und sie verneinen wollte.

Goldene Worte für die Agitation. Wenn ich bei jemand, der nach meiner Voraussetzung schwer begreift, Propaganda machen will, so sage ich ihm ungefähr: Du arbeitest früh und spät und bekommst so wenig dafür, daß du dich nicht einmal hinreichend mit deiner Familie sättigen, nötig kleiden und anständig beherbergen kannst; du hast gar keine sorgenfreie Zukunft vor dir, indem dir das tägliche Brot nicht zugesichert ist, deine ganze Existenz hängt vom reinen Zufall ab; sobald dir der Geld- oder Gutsmann deine Arbeit entzieht oder du krank wirst, so mußt du mit den Deinigen Not leiden, kaum daß man euch mit Verachtung von den reichen Gottesgaben kleine Ueberreste, Pfaffen, die von der Reichen Tische fallen, unter hundert Zurechtweisungen zuwirft; während der da drüben recht angenehm und im Ueberflusse herrlich und in Freuden lebt, ohne daß er oder einer der Seinigen dafür zu arbeiten braucht. Alles was sie zur Befriedigung ihrer tausendfältigen Bedürfnisse nötig haben, bekommen sie auf den leisesten Wink mit allem Gehorsam von uns armen Leuten zugestellt.

Ist das recht? Nein! wird da ein jeder antworten, das ist nicht recht! — Würdest du nicht froh sein, wenn das einmal anders wäre? — Ja, freilich! wird hier wieder ein jeder antworten. Mit ihm ist doch also die große Mehrzahl, kurz alle Uebervorteilten, nach endlicher Einsicht, für eine Aenderung der Dinge, ohne die vermöglichen Menschenfreunde zu berühren, deren es auch gibt, welche das Los ihrer leidenden Mitmenschen zu erleichtern und alles Elend und allen Jammer abzuschaffen sich bemühen. Es fehlt also doch weiter nichts, als einem zu sagen: Komm und schließe dich uns an, wir wollen mitkommen beraten, auf welche Weise die wirksamste Propaganda zu machen und wie unsern betäubten Zustände, in dem wir uns befinden, am baldesten und besten könne abgeholfen werden.

Wilhelm Weitling, geb. 5. Oktober 1808.
Das Evangelium eines armen Sünders, 1843.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Allgemeine Bekanntmachungen.

Solmar. Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt in der Wirtschaft Riegel, Vogelbacher Str. 33.

Hamburg I. Dem Steinmehnen Lorenz Maier aus Solbach, geb. den 22. April 1885, Verbandsbuchnummer 11885, eingetretten am 19. November 1904, ist hier in Hamburg aus der Verbände sein Rock nebst Verbandsbuch und Reisekarte gestohlen worden. Sollte mit den Verbandspapieren Mißbrauch getrieben werden, so sind selbige durch die Vertrauensleute einzuziehen.

Leipzig. Die Internatskarte von Karl Stahl aus Solheim liegt im Zentralbureau.

Mühlhausen (Elsaß). Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß, bevor sie um Arbeit umsehen, sich beim Vorstehenden Joh. Rint, Dambanstr. 98, III. zu melden haben. Dort wird auch die Reiseunterstützung von 12—1 Uhr mittags und von 6—7 1/2 Uhr abends ausgezahlt. Die Ortsverwaltung.

Wolgast. Die Reiseunterstützung wird jetzt vom Kassierer E. Schirmmeister, Burgstraße, ausgezahlt.

Münsterdel. Der kürzlich wegen restierender Beträge veröffentlichte Kollege E. Wank ist seinen Verpflichtungen nachgekommen. Die Ortsverwaltung.

Zwickau. Die Reiseunterstützung wird vom 1. Mai ab vom Vorstehenden M. Röbhold, Kommerstr. 17, I., ausgezahlt.

Adressen-Änderungen.

Bischhofsweerde. Vorl. u. Kass.: Paul Vinner, Rammenau-Schauborf Nr. 2.

Frankfurt a. M. Kass.: W. Seelig, Sonnenburgerstr. 26. Kupferdr. Kass.: Joseph Kitzner, Popnaden b. Kupferdr. Nr. 30.

Sternenfels. Vorl.: Christian Jüngling. Kass.: Friedrich Schlotterbeck.

Neue Zahlstellen.

Kronach. 11. Gau (Würzburg). Vorl.: Georg Müller, Allen b. Kronach. Kass.: Joseph Weckbacher, Friedhofstr. 167. Zwickau. (10. Gau.) Vorl.: Johann Müller, Nr. 51. Kass.: Christian Panzer, Nr. 66.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 12. bis mit 17. April.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrasteuer.)

Bremen, B. 184.—, K. 11.—; Breslau, B. 176,80, E. 2.—, K. 1,80, M. 2,40, X. 124.—; Demitz-Thumitz, B. 630.—, M. 2.—, Ins. 12,20; Bieglanger, B. 62,16, K. 43,60; Faulbach, B. 42.—, Kassenbain, B. 62,16, K. 0,40, M. 6,80; Gera, B. 101,66, E. 0,25, K. 6,40; Greiz, B. 36,80, K. 2,70; Grimma, B. 252.—, E. 20.—, K. 10.—; Hall, Schw., B. 5,04, K. 6,45; Hohenau, B. 119,60, K. 28,15; Kitzberg, B. 5,25; Kaitened, B. 46,62, E. 4.—, K. 4,90;

Meißen II, B. 42.—, E. 12.—; Mittelsteine, K. 10.—; Mörsfeld, B. 26,04, E. 0,50, K. 3,40; Mühlhausen (Elsaß), B. 552.—, E. 4,50, K. 32,70; Regensburg, B. 68,40, K. 0,60; Offenburg (Baben), B. 90,30, E. 0,25, K. 19,70; Oshenfurt, B. 103,04, E. 1.—, K. 6,60, M. 1,25; Rüdgers, B. 55,20, K. 3,30; Rütben, 13,40, E. 3,50, K. 6,50, X. 3.—; Plagwitz (Rühnel), B. 0,75; Liebenwerda, B. 4,60; Niederwöhren, 1,50; Kirchhausen, Ins. 3,20; Delmütz Ab. 0,90; Hamburg (Eisler), 11,60; Cospitz, 232,50; Wöhmed B. 3,50; Meerane, B. 2,20; Reichenbach (Wagtl.), B. 2,20; Paderborn, B. 4,50; Sebnitz, B. 91,98, E. 1,50, K. 15.—, M. 2,50; Schönberg, B. 36,96, E. 1.—, K. 2,45; Unfen, B. 189.—, K. 19,95; Weichselbura, B. 50,40, K. 0,60; Weglar, B. 1,15, K. 4,10; Witten, B. 57,50, K. 5,75; Randesader, B. 193,66, E. 1.—, K. 16,60, M. 0,20; Plagwitz-Löwenberg, K. 5.—; Neuforg, B. 138.—, K. 3.—; Frankfurt a. M., B. 460.—, M. 1.—, X. 4,50; Gbendorf, B. 255,18, E. 4,25, K. 1,30; Dortmund, B. 59,80, E. 5.—, K. 0,70, Ins. 2,40; Planenburg, B. 2,10, K. 0,15; Brück, B. 114.—, E. 9,50; Braunschweig, B. 31,74, K. 24,90; Kassel, B. 117,30, K. 18,45; Frankfurt a. O., B. 36,80, K. 0,70, Gerichsdorf, B. 34,50, K. 0,30, M. 1,20; Hannover I, B. 138.—, K. 0,30; Rüttlingen, B. 15,58, E. 0,50; K. 7,40; Plauen, B. 6,90; K. 1,35; Röditz, B. 28,35, E. 1,50, K. 2,40; Reichenbach im Odenwald, B. 12,60, [K. 0,15; Sternenfels, B. 119,18, E. 5.—, K. 14,60; Wilmann, B. 71,40, E. 19.—, K. 0,30; Calenborn, K. 0,50; Wesel, B. 4,95; Elmshorn, B. 3,85; Groß-Bieberau, B. 27,50; Olbernhau, B. 12,65; Kriebitz Ins. 2,80; Altenhagen (Mentel), B. 1,65; Leipzig (Schmitt), K. 0,80; Dömitz, B. 5,50; Weissenstadt, B. 294.—, E. 15.—, K. 10.—, M. 2.—; Wiesbaden, B. 138.—, K. 6,25, M. 2.—; Rimbach, B. 10,50, K. 1,50; Pforzheim, B. 30,82, K. 8,20, M. 6,80; Mannheim, K. 9,75; Kappelrodeck, B. 211,60, E. 2,50, K. 10,70, Ins. 2,40; Sena, B. 29.—, K. 10.—; Parlingerode, B. 151,80, E. 7.—, K. 6,90, M. 2,80; Dürkheim, B. 153,72, E. 2,25, K. 98,60, M. 17,50, X. 1,50; Krefeld, B. 58,88; Altleben, B. 38.—; Antkrichen, B. 95.—; Breslau I, K. 60.—, M. 1,50; Bernsd., B. 86,10, E. 1.—, K. 1,10; Bayreuth, B. 71,40, E. 0,50, K. 1,60; Lütchenbach, B. 195,40, E. 15,50, K. 10,85; Roth, B. 106,73, K. 1,10, Ab. 1,20; Seebach, B. 117,50; Wolgast, B. 9,20, E. 0,25, K. 0,30, M. 0,75, Barel, B. 7,30.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

F. Für die gesandten Marmorforten vielen Dank. — Wir können bald mit einem mineralogischen Museum in Konkurrenz treten. Besten Gruß. —

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Arbeitende und Arbeitslose Berlins!

Kollegen und Kolleginnen, erscheint in Massen in der

Versammlung

am 1. Mai, vormittags 10 Uhr in Wendts Pracht-Sälen, Münzstr. 17, Eing. Königsgraben.

Protestiert

gegen die Verelendung Eurer selbst und Eurer Kinder!

Die Ortsverwaltung.



Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende gratis!

Lieferung sofort.

Veränderungshalber

ist in mittlerer Industriestadt Thüringens ein

Steinmetzgeschäft

(Grabstein- und Baubranche) mit eigenen guten Sandsteinbruch billig zu verkaufen. Dasselbe bietet tüchtigem Steinmehnen Gelegenheit, sich mit wertigen Varnitteln selbstständig zu machen. — Offerten unter „Steinmetzgeschäft“ an die Expedition des Steinmetzboten erbeten.

Tüchtiger, älterer Granitsteinbauer

wird gesucht. Gothaer Granitwerke, Gotha.

Tüchtige Granitschleifer

Best ein Granitwert Herm. Conradus, Jena.

Gestorben.

In Mittweida der Kollege Bartholomäus Dellai, 63 Jahre alt, an Herzschlag. In Oldenburg am 16. April der Kollege Max Lange, 36 Jahre alt, an Bluthuri.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 17.

Sonntag, den 24. April 1909.

13. Jahrgang

Reichsversicherungsordnung.

I.

G. Endlich ist nun die 1798 Paragraphen zählende neue Reichsversicherungsordnung erschienen. Sie behandelt in sechs Büchern: 1. die gemeinsamen Vorschriften, 2. die Krankenversicherung, 3. die Unfallversicherung, 4. die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, 5. die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander usw., 6. das Verfahren. Neben einigen winzigen Verbesserungen bringt die Vorlage nun aber so erhebliche Verschlechterungen, so daß es mehr wie je Pflicht der Arbeiter ist, energisch gegen jedweden Eingriff in ihr Selbstverwaltungsrecht bei den Krankenkassen, sowie gegen die geplanten Verschlechterungen überhaupt Front zu machen. Sehen wir nun gleich zum ersten Buche,

Die gemeinsamen Vorschriften.

Über. Danach ist bestimmt, daß als Träger der Reichsversicherung in Betracht kommen: für die Krankenversicherung die Krankenkassen, für die Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften und für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Versicherungsanstalten. Soweit die Versicherungen als Arbeitervertretungen in Betracht kommen, sollen diese Vertreter ihren Unternehmern jede Einberufung zu dem Organe des Versicherungsträgers anzeigen. Ist diese Anzeige rechtzeitig erfolgt, so ist die Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten nicht als ein wichtiger Grund anzusehen, der den Unternehmer zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt. Diese Bestimmung hat jedoch keine große Bedeutung, denn erstens können die Unternehmer den Ausschluß der Kündigungsfrist vereinbaren und zweitens wissen die Unternehmer schon, wie sie unangenehme Arbeitervertreter los werden.

Bei der Durchführung der Reichsversicherung sollen als besondere Behörden mitwirken: 1. die Versicherungsämter, 2. die Oberversicherungsämter, 3. das Reichs- resp. Landesversicherungsamt. Während bisher die Streitigkeiten aus der Unfall- und Invalidenversicherung den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und dann dem Reichs- resp. Landesversicherungsamt unterbreitet wurden, soll dies auch in Zukunft für die aus der Krankenversicherung ergebenden Streitigkeiten geschehen. Die Versicherungsämter werden für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat oder Sanitätsamt, Kreisamt usw.) die Oberversicherungsämter für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde (Regierung, Kreisoberhauptmannschaft usw.) errichtet. In beiden Instanzen steht ein beamteter Vorsitzender vor, als Beisitzer fungieren Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl. Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Ärzten (Zahnärzten) oder Apothekern wird ein Schiedsaussschuß errichtet, zu dem die Ärzte und Apotheker ihre Vertreter wählen. Als letzte Instanz kommt das Reichs- resp. Landesversicherungsamt in Betracht, bei dem ebenfalls Arbeiter und Unternehmer als Laienbeisitzer mit fungieren sollen. Die Wahl dieser Arbeitervertreter regelt ein eben solch kompliziertes Wahlverfahren wie heute. — Ueber die ortsüblichen Tagelöhne enthält das erste Buch noch eine wichtige Bestimmung. Hiernach sollen sie erstmalig bis zum 31. Dezember 1914, dann aller vier Jahre einer Revision unterzogen werden. Eine Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne dürfte dringend zu empfehlen sein. Weiter ist darauf hingewiesen, daß die Wahlbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Krankenversicherung vorgeesehen war, in Zukunft auf alle Versicherungsträger ausgedehnt worden ist. — Nach dem zweiten Buche ist

die Krankenversicherung

ausgedehnt worden auf die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, auf die Diensthöten, auf Personen, die als Bühnen- oder Orchestermitglieder beschäftigt werden, auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, auf Lehrer und Erzieher und die Hausgewerbetreibenden. Das Bühnenpersonal sowie die Lehrer und Erzieher sind aber nur dann versicherungspflichtig, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt. Derselbe Beschränkung besteht heute schon für die Werkmeister, Betriebsbeamte und Techniker. Ausdehnen kann der Bundesrat die Versicherungspflicht auf Gewerbetreibende, die nicht regelmäßig wenigstens zwei Versicherungspflichtigen beschäftigen. Die unständigen und Wanderarbeiter unterliegen später auch der Versicherungspflicht. Somit soll die heutige Bestimmung fallen, wonach eine im voraus bestimmte Beschäftigung von weniger wie eine Woche von der

Versicherung ausgeschlossen bleibt. Die Leistungen der Krankenkassen erstrecken sich auf Krankengeld, Wöchnerinnenunterstützung und Sterbegeld. Von einer Erhöhung der Minimalleistungen ist nirgends die Rede, nur die Wöchnerinnenunterstützung ist von sechs auf acht Wochen ausgedehnt. Die jetzige ungerechte Bestimmung, Kürzung des Krankengeldes bei Doppelversicherung bis zum durchschnittlichen Verdienste hat man natürlich beibehalten. Beim Ausscheiden aus der Beschäftigung haben die Versicherten — sofern sie vorher drei Wochen ununterbrochen Mitglied einer Krankenkasse waren — im Falle einer Erkrankung innerhalb der ersten drei Wochen noch Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen. In Zukunft ist der Anspruch ausgedehnt auf die Regelleistungen. Die Bestimmung, daß man vorher drei Wochen Mitglied sein muß, ist auch gefallen. Ueber das Ruhen der Krankenkassenunterstützung steht die Vorlage dieselben Bestimmungen wie bei der Unfall- und Invalidenversicherung vor. Eine einheitliche Kassenform bringt die Vorlage leider nicht. Als Krankenkassen kommen weiter in Betracht: die Ortskrankenkassen, die Landkrankenkassen, die Betriebskrankenkassen und die Innungskrankenkassen. Neu geschaffen sind die Landkrankenkassen, denen die in der Landwirtschaft und im Wandergewerbe Beschäftigten sowie die Diensthöten angehören sollen, ebenso die Hausgewerbetreibenden. Während heute Betriebskrankenkassen schon bei 50 Mitgliedern errichtet werden können, müssen dieselben in Zukunft mindestens 500 haben und bestehende Betriebskassen bedürfen zum Weiterbestehen mindestens 250. Die Beiträge sollen halbiert werden, der Vorstand besteht nicht mehr wie bisher aus zwei Drittel Arbeitern und einem Drittel Unternehmern, sondern beide Parteien sollen je zur Hälfte im Vorstande vertreten sein. Neben dem Vorstand besteht ein Ausschuß, zusammengesetzt je zur Hälfte aus Arbeiter- und Unternehmervertretern. Der Vorsitzende wird von den Vorstandsmitgliedern gewählt; kommt eine Wahl nicht zustande, ist eine neue Sitzung anzuberaumen. Einigen sich auch in dieser die Vorstandsmitglieder nicht, so bestellt das Versicherungsamt einen Vorsitzenden. Bei den Landkrankenkassen wird der Vorsitzende gleich von vornherein durch den Kommunalverband gestellt, bei den Betriebskrankenkassen kann sich der Unternehmer wie bisher selbst als Vorsitzender ernennen oder einen Vertreter dazu bestellen. Bei den Ortskrankenkassen aber glaubt man dem Eingriff in die Selbstverwaltung wagen zu können, trotzdem auf Kongressen usw. sich selbst die Unternehmer gegen die sogenannten „unparteiischen“ Vorsitzenden in der Gestalt eines Kommunalbeamten gewehrt haben. Für die Kassenangelegenheiten ist eine Dienstordnung aufzustellen. Zur Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten sollen Einigungs-Kommissionen gebildet werden. Ein bestimmtes Arztstufen schlägt der Entwurf nicht vor, ebenso verpflichtet er die Ärzte nicht in allen Fällen zur Gewährung ärztlicher Hilfe. Die Aufsicht über die Kassen führt das Versicherungsamt. Die freien Hilfskassen werden kurzerhand als Ersatzkassen bezeichnet. Die Unternehmer von Mitgliedern solcher Kassen haben diese auch bei der Pflichtklasse anzumelden und dafür dort den anteiligen Beitrag zu zahlen. Die Kassen können sich auch zu Kassenverbänden zusammenschließen. Außer Beiträgen mit Ärzten, Apothekern usw. abzuschließen, dürfen solche Verbände selbst Heilanstalten und Genesungsheime anlegen und betreiben.

Zur Aufklärung.

Zu Nr. 13 unserer Jahrgang nimmt Kollege Steinecke-Bunzlau Stellung zur Alkoholfrage, oder besser gesagt, Partei für den Alkohol. Ich nehme zu Ehren des Kollegen St. an, daß er sich bisher mit dieser Frage wenig oder gar nicht beschäftigt hat, denn sonst könnte man die Schimpfepistel, die er losläßt, nicht verstehen. Von Moralprediken meinerseits oder des Kollegen Fedl kann man wohl nicht gut reden, da wir uns nur mit der Sache, aber nie mit Personen beschäftigt haben. Mit St. zu diskutieren, ist eben nicht gut möglich; das hat die Arbeitslosenunterstützungsfrage 1908 bewiesen, wo er den Granitarbeitern einen scharfen Hieb verheißte. — Ich überlasse es dem Urteil der Kollegen, was sittlicher ist, Abstinenz zu sein oder dem Alkohol zu hulbigen. Niedrig gehängt zu werden verbietet aber der Satz in dem Artikel St., wo er schreibt: „Sehen wir uns doch die Temperenz und Abstinenz etwas näher an. Es sind meist alte Lebemannern, die durch das Uebermäßige aller Genüsse ihren inneren Menschen auf Null herabgebracht haben. Sie wollen dann „ungenannt“ ihren Mitmenschen als abschreckendes Beispiel dienen.“

Hier werden Genossen und Kollegen aufs gemeinste beschimpft, die führende Stellungen in der Partei und Gewerkschaft bekleiden. Ja, nicht allein, daß Personen heruntergerissen werden, sondern eine ganze Bewegung, welche im Dienste des kämpfenden Proletariats steht, welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, für den Klassenkampf tüchtige und geschulte Kämpfer heranzubilden, wird hier lächerlich gemacht. Doppelt schmerzhaft ist es, dies in einer Gewerkschaftszeitung zu lesen, welche bisher ihren Raum zur Bekämpfung des Alkohols gern zur Verfügung gestellt hat. Unverständlich ist es mir, wie der Redakteur die Anrempelungen des Kollegen St. zulassen kann. Der Redakteur kennt aus seiner früheren Berufstätigkeit als Steinmetz, wie er in allen Gauen Deutschlands schon hervorragend agitatorisch tätig war, die weite Verbreitung des Alkohols unter den Steinarbeitern. Und weil er dieses Uebel ebenfalls scharf belächelt und er wissen mußte, daß Steinmetze mit seinen Ausführungen persönlich treffen wollte, so dürfte die oben zitierte Stelle nicht ohne Handbemerkung zum Abdruck kommen. Der Redakteur stand der Abstinenzbewegung, wie wir wissen, bis vor kurzem sympathisch gegenüber, jetzt — scheint aber der Wind umgeschlagen zu haben.

(Anmerkung der Redaktion: Der Kollege Steinecke schickte uns zwei gerade nicht freundliche Zuschriften, weil wir seinen Artikel etliche Wochen in der Aktenmappe lagern ließen; Kollege Müller rüffelt uns nun ganz gewaltig, daß wir zu wenig den Jenfor spielen. Gewiß ist Steinecke unhöflich geworden, aber die Redaktion hat doch nicht immer den Zeremonienmeister herauszustellen. Daß die Kollegen, welche Abstinenzler sind, im „Steinarbeiter“ umfassend zu Worte kamen, gibt ja Müller selbst zu; also, es kann uns Unterdrückung der Meinungsfreiheit nicht vorgeworfen werden. Kollege Müller konstatiert, daß er seine Tendenzen ungehindert vertreten konnte; er wird aber sofort unglücklich, indem er meint, wir hätten bei Steinecke sofort Abstinenzstellungen vornehmen müssen. Wo soll das hinaus, wenn die Redaktion bei jeder Gelegenheit ihre abweichende Meinung zum Ausdruck bringen sollte. Das wäre ja im Grunde nichts anderes, als wie die Unterbindung jeglicher Meinungsfreiheit der Verbandsmitgliedern gegenüber. Nicht mit Unrecht würde dann über Schulmeisteri geklagt werden.)

Doch es haben schon andre Geister gegen uns Sturm gelaufen als ein Steinecke. Die ganze Debatte zeigt eine totale Unkenntnis der proletarischen Abstinenz. Man versucht, ob nun absichtlich oder unabsichtlich, die Arbeiter-Abstinenzbewegung mit der bürgerlichen Temperenzleret in einen Topf zu werfen, um uns so diskreditieren. Sehen wir aber einmal zu, was die Arbeiter-Abstinenzler wollen.

Die Arbeiter-Abstinenzler wollen den Alkoholismus innerhalb der Arbeiterklasse bekämpfen, um den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu fördern, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben und der durch den Alkoholgenuss bedingten Degeneration derselben vorzubeugen. Die abstinenzler Arbeiter wollen den Alkoholismus bekämpfen durch Aufklärung über die volkswirtschaftlichen, sittlichen und hygienischen Schäden des Alkoholgenusses und der Trinkstitten.

Die abstinenzler Arbeiter wollen den Alkoholismus bekämpfen durch die vollständige Enthaltensamkeit von alkoholischen Getränken in jeder Form (Wein, Bier und Branntwein usw.). Da der Alkoholgenuss nach den berühmtesten Forschern und Gelehrten wie Bunge, Darwin, Forel, Fid, Gaulle, Riechle, Tolstoi u. v. a. nach der Statistik, und für jeden, der sehen und denken will, nach der eigenen Erfahrung sowie nach dem Urteil der hervorragenden Führer der Arbeiterklasse wie Dr. Viktor Adler, Reir Garbis, Otto Rang, Dr. Emil Wanderveide u. a. selbst in den kleinsten Mengen schädlich ist.

Die abstinenzler Arbeiter wollen ihren Klassengenossen beweisen, daß sie durch die vollständige Enthaltensamkeit von alkoholischen Getränken einen direkten Vorteil dadurch haben, daß sie an Gesundheit, Willenskraft, Intelligenz, Frohsinn und Familienglück als einzelne auch unter den jetzigen Verhältnissen gewinnen und einen indirekten Vorteil dadurch haben, daß sie körperlich und geistig tüchtiger werden für den Klassenkampf des Proletariats. Denn der abstinente Arbeiter weiß, daß die Bekämpfung des Alkoholgenusses nicht nur im Interesse des einzelnen, sondern auch im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegt, da alle Faktoren, die die Klassenlage des Proletariats herabdrücken, durch die Wirkung des Alkohols noch verstärkt werden.

Der abstinente Arbeiter weiß, daß der Alkohol weder nährt, noch stärkt, noch erwärmt, sondern ein lähmendes wirkendes Gift ist. Daß die Lungenentzündung und viele andre Krankheiten

Steinsägen.

Der „Steinbildhauer“ bringt über obiges Thema aus der Feder des Ingenieurs M. Feldhaus folgenden interessanten Artikel:

Von Fundstücken aus dem Altertum her haben wir neuerdings Anhaltspunkte bekommen, auf welche Weise man damals Steine sägte. Aus der paläolithischen Zeit, d. h. in der Periode bis zur letzten großen Eiszeit, etwa 25 000 Jahre vor Christus, haben wir keine Anhaltspunkte für die Kenntnisse des Steinsägens. Man wird wohl nur weichere Materialien wie Holz, Knochen und Horn gesägt haben.

In der neolithischen Zeit, also in dem Zeitraum von etwa 15 000 bis 2000 vor Christus, wird dagegen das Sägen von Steinen in ausgedehntester Weise betrieben. Ich will hierüber den Worten von Robert Forrer in seinem „Reallexikon der prähistorischen, klassischen und frühchristlichen Altertümer“ (Stuttgart 1908) folgen. Forrer sagt unter dem Stichwort „Steinsägeapparat“: der Steinsägeapparat der neolithischen Zeit müsse bereits vorzüglich funktioniert haben. Die an Steinbeilen und angeschnittenen Steinen jener Zeit zu beobachtenden Sägeschnitte lassen zwei Formen der Sägezahn erkennen. Die eine zeigt völlig gerade und über die ganze Steinsäge laufende Sägezähne; dies läßt auf Anwendung eines dünnen, geradlinig geschnittenen Holz Brettes schließen, das man auf dem Stein in einer vorher eingehauenen Rinne unter Aufstreuen zerstampften Quarzandes hin und her führte, bis der Schnitt so tief gesägt war, daß beim Ausschlagen der Stein in der gewollten Rinte durchbrach. Die Tiefe dieser Schnitte schwankt gewöhnlich zwischen 1/2 und 1 1/2 Zentimeter; hier und da bildet aber die untere Rinne des Sägeschnitts eine in der Mitte leicht gewölbte Rinne, was davon herrührt, daß die gerade Schneide des hölzernen Sägebrettes sich durch die stärkere Abnutzung der mittleren Teile dort allmählich eingebuchtet hat.

Die andre Form des Steinsägeapparates läßt sich in den besonders häufig vorkommenden Sägeschnitten mit bogenförmig eingebuchteter Grundlinie erkennen. Sie lassen auf die Anwendung einer Säge schließen, die an einer Stange pendelartig aufgehängt war. Die Länge dieser Stange ergibt nachher den Halbmesser des eingeschrittenen Bogens der Sägezahn. Nach Messungen von Forrer waren die Stangen etwa 60 bis 80 Zentimeter lang. Die Säge selbst war wohl in der frühesten Zeit ein Stück Feuerstein, das in das Ende der Holzstange gesägt war. Plinius, der Verfasser der römischen Naturgeschichte, sagt uns Jahr 75 nach Christus im 44. Kapitel des 36. Buches seines Werkes: „In der Provinz Belgien schneidet man den Stein mit

Sägen. Es geschieht mittels Sand und scheint durch das Eisen zu geschehen, indem die Säge in einem sehr schmalen Stüde auf den Sand drückt und, indem sie ihn umdreht, durch das Hin- und Herziehen selbst schneidet... der dickere Sand reißt in breiteren Schichten und frist mehr Marmor hinweg.“

War im allgemeinen die Maschine im Altertum überhaupt selten, so haben wir doch Anhaltspunkte dafür, daß man auf maschinelle Weise zu sägen versuchte. Aufonius, ein römischer Dichter des 4. Jahrhunderts, der in seinem Gedicht „Mosele“ die Motel und ihre Nebenflüsse besungen hat, berichtet, daß der Rhoer-Fluß durch seinen Wellenschlag Wasserräder betrieb, um Getreide mahlen und Steine sägen zu können. Der Text lautet bei Aufonius: „Da er (Rhoer-Fluß) mit schnell gedrehten Steinen Getreide zerreibt und knirschende Sägen durch glatten Marmor zieht, hört das Ufer den immerwährenden Lärm von beiden.“

So viele Anhaltspunkte wir im Mittelalter für die Entwicklung der Holzsägewerke haben, so wenig Nachrichten findet man in dieser Zeit von Steinsägen. Einen interessanten Entwurf einer Steinsäge hat uns der große Künstler Leonardo da Vinci hinterlassen. Die Aufzeichnungen von Leonardo wurden nicht gedruckt und blieben Jahrhunderte lang unbekannt. Erst Hermann Gothe machte 1874 in einer in Berlin erschienenen Schrift auf diese Steinsäge aufmerksam. Inzwischen sind die Manuskripte von Leonardo in Faksimileausgaben erschienen.

In den vielen gedruckten Werken über Maschinen, die im 16., 17. und 18. Jahrhundert erschienen, findet sich nur selten eine Darstellung von Steinsägen. So wird in einem 1578 zu Lyon erschienenen Werk über Maschinen, das den im Jahre 1569 verstorbenen Ingenieur Jacques Besson zum Verfasser hatte, auf dem 10. Blatt eine Steinsäge dargestellt. Die Bewegung erfolgt durch einen Arbeiter, und zur Regelung der Bewegung ist ein schweres Pendel angebracht, welches bei jedem Sägeschnitt hin- und hergeht. Kurz darauf findet man Steinsägen bei dem Italiener Agostino Ramelli. Sein Buch über Maschinen erschien 1588 in Paris. Es ist mit hervorragenden schönen Kupferstichen geschmückt. Auf den Blättern 184 und 185 zeigt Ramelli Antriebsvorrichtungen für Steinsägemühlen.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts waren die in Holland seit langer Zeit benutzten Kreisrägen zum Holzschneiden in England bekannt geworden. Sie wurden dort vielfach verbessert und im Jahre 1833 von G. W. Wilde in London auch zum Steinschneiden angewandt. Der Rand der Kreisräge war natürlich glatt und die Säge arbeitete, wie seit alters her, mit Sand. Wilde erhielt in jenem Jahr ein Patent auf seine Erfindung. Im Jahre 1842 führte Daniel Wiffler in Zürich die Zahnräder zum Steinschneiden mittels Maschinen ein.

Im Jahre 1865 verbesserte der Franzose Gay die Wildesche Kreisräge von 1833 — wie Darmstädter in seinem Handbuch zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik (Berlin 1908) berichtet —, indem er ihre Schleifante mit einem Weizenkranz einfasste, in welchem sich der Schleifant oder Schmirgel besser festsetzt als in Eisen.

Die jetzigen großartigen Fortschritte im Bau von Sägen sind unsern Lesern genügend bekannt. Aus den uralten Erfahrungen der Steinbearbeitung mittels Sand ging übrigens auch im Jahre 1871 die Erfindung des Sandstrahlgebläses hervor.

Platos Ochsen.

Der weise Plato ging einmal in einem großen Miesental Wohl unter allerlei Disputieren Mit einem seiner Schüler spazieren. Sie kamen an eine Kindviehherde, Die mit den Köpfen auf der Erde Dort an dem schlechten verschlammten Gras Mit vieler Mühe satt sich fraß. Verwundert blieb der Schüler fehn: „Sie Meister, dort drüben, die Trift wie schön, Und hier das Futter schlecht und morastig, Und doch verjähnt das Vieh es so hastig, Siehts denn nicht drüben auf weiter Flur Die üppigste, krautreichste Natur? Warum wohl gehts nicht zum Besseren fort, Was hält es gebannt an diesen Ort?“ „Mein Sohn,“ sprach Plato, „sieh den Grund Dort in dem schwarzen Dürrenhalm, Der will es einmal durchaus nicht leiden, Daß diese Tiere wo anders weiden. Raum wendet es sich nur von der Stelle, Erhebt der Schwarze ein leidend Gebelle, Fährt wütend an das vermessene Tier Und tut, als wolle ers verschlingen schier.“ Der Knabe schüttelt den Kopf und spricht: „Kann denn aus dieser Herde nicht Der Knabe schüttelt den Kopf und spricht: „Kann denn aus dieser Herde nicht Das schwächste Tier nach Luft und Belieben Zehn solcher Klaffer beiseite schieben? Was mir das Rätsel, du weiser Mann, Beschalt nur ertragen sie Licht und Vann?“ „Ich will es dir sagen, du liebes Kind: Deswegen, weil sie — Ochsen sind!“

im Alkohol ihren Förderer, oft sogar ihren Urheber haben, ist bekannt.

Die Alkoholfrage ist eine Kulturfrage, mit der sich jeder denkende, Massendebatte Arbeiter beschäftigen sollte. Deshalb hinweg mit der Gleichgültigkeit und dem oberflächlichen Urteil über den Alkohol. Er ist der Verbündete des Kapitalismus, er ist die Ursache der Verwilderung der Massen, er ist ein falscher Freund, der hinterläßt dem kämpfenden Genossen und Kollegen die vornehmsten Waffen, die Schärfe seines Denkens und die Sicherheit seines Urteils entwirft und ihn zu Unbekenntnissen hinreißt. Alles das, was den Arbeiter ins Elend hineinführt, wird durch den Alkoholismus in seiner Wirkung erhöht; alles was ihn herauszuführen imstande ist, Organisation jeder Art, wird durch ihn niedergehalten. Der Alkoholismus, er kostet der Arbeiterzeit, Geld und Leute. Darum hinweg mit dem Bundesgenossen des Kapitalismus! Hinweg mit dem Todfeind aller Kultur, dem Alkohol. Das wollen die abstinente Arbeiter, das will der Arbeiter-Abstinentebund.

Striegau.

Müller.

Rechenschaftsbericht des österreichischen Steinarbeiterverbandes.

Aus dem Bericht des österreichischen Steinarbeiterverbandes für 1908 heben wir folgendes hervor: Es waren vorhanden:

	1904	1906	1908
Ortsgruppen und Zahlstellen	42	53	83
Mitgliederzahl	2000	2289	4792

Nach Kronländern verteilen sich die Mitglieder im Jahre 1908 wie folgt:

Land	Anzahl der Ortsgruppen	Mitglieder		zusammen
		männlich	weiblich	
Niederösterreich	14	1157	10	1167
Böhmen	26	991	—	991
Galizien	3	154	—	154
Kärnten	4	121	—	121
Krain	2	22	—	22
Mähren	1	47	—	47
Oberösterreich	4	71	1	72
Salzburg	8	362	—	362
Schlesien	2	242	—	242
Steiermark	11	1027	139	1166
Tirol	2	334	1	335
	6	113	—	113
	83	4641	151	4792

Die Einnahmen in den fünf Jahren haben sich vierfach, aber auch die Ausgaben blieben, wie die Zusammenstellung zeigt, nicht zurück.

Jahr	Gesamt-Einnahmen Kronen	Gesamt-Ausgaben Kronen
1904	18337.04	14433.11
1905	37064.67	35481.50
1906	41966.23	43411.92
1907	47940.45	41493.99
1908	81621.09	83297.—

Die Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung und Notfallunterstützung betragen wie folgende Tabelle zeigt:

	1906 Kronen	1907 Kronen	1908 Kronen
Arbeitslosenunterstützung	3922.98	1330.50	3390.08
Reiseunterstützung	1422.08	883.16	1592.88
Notfallunterstützung	411.—	708.80	1249.50

Kolossal sind in den fünf Jahren die Streikausgaben geblieben. Sie haben sich in diesem Zeitraum gerade verzehnfacht.

Jahr	1904	1905	1906	1907	1908
Streikausgaben	4487.46	17422.95	19569.59	14872.54	44983.82

In dem Maße, als die Mitgliederzahl des Verbandes größer wurde, stiegen auch die Agitationskosten. Dieselben betragen im Jahre 1906 2283.50 Kronen, im Jahre 1907 3900.50 Kronen und im Jahre 1908 6247.46 Kronen.

Die nachfolgende Gegenüberstellung zeigt, ist auch die Auflage der Fachblätter in stetem Steigen begriffen. Diefelbe betrug bei den einzelnen Blättern:

	1906	1908
Der Steinarbeiter	1900	5000
Kamernobelen	600	800
Italienische Blätter	100	270
Slovenische	30	104
Polnische	—	170

An den Postsendungen ist klar zu erkennen, daß sich die Arbeit in der Zentrale verdoppelt hat. An die Zentrale liefen Postsendungen ein und wurden von derselben abgeschickt:

Jahr	Einkäufe	Abgänge
1906	2283	2307
1907	3540	3516
1908	4367	4304

Die intensive Tätigkeit in der Organisation zeigt sich auch in der zweijährigen Berichtsperiode.

Es fanden 114 ordentliche und 5 außerordentliche Vorstandssitzungen statt.

Durch einen Vertreter des Verbandes wurden folgende Konferenzen der Steinarbeiter besucht: 2 Konferenzen in Böhmen, 2 in Oberösterreich, 1 in Gmünd und 2 in Wien. Außerdem wurde der Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands in Kassel, wo gleichzeitig der internationale Steinarbeiterkongress abgehalten wurde, durch einen Vertreter des Verbandes besucht.

Durch die Zentrale wurden in der Berichtsperiode 269 Versammlungen von den Angestellten und Vorstandsmitgliedern abgehalten, während 235 Versammlungen im Auftrage des Vorstandes von Provinzreferenten besucht wurden. Sonst fanden noch von den Ortsgruppen und Zahlstellen selbst 512 Versammlungen im Jahre 1908 statt.

Das österreichisch-schlesische Landessekretariat der Steinarbeiter absolvierte im Jahre 1908 111 Versammlungen, das niederösterreichische Sekretariat in demselben Zeitraum 166 Versammlungen und das oberösterreichische Landessekretariat, das seit 26. September 1908 besteht, dürfte zirka 40 Versammlungen abgehalten haben.

Dieser Bericht zeigt, wie emsig unsere österreichischen Betriebsfreunde für den Ausbau des Verbandes tätig sind.

Konferenz der Betonarbeiter.

In Berlin im Gewerkschaftshaus fand vorige Woche eine von den Zentralvorständen des Maurer- und Bauhilfsarbeiterverbandes einberufene Konferenz statt. Der Zimmerverband hatte sich auf die Entsendung zweier Vertreter des Zentralvorstandes beschränkt. Das Ergebnis der zwei Tage dauernden Konferenz ist folgende Resolution:

Die kartellierten Organisationen des Baugewerbes, die Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, sind gemeinsam in hohem Maße daran interessiert, alle neu auftauchenden und in ihr bisheriges Arbeitsgebiet eingreifenden Arbeitsarten, sowohl hinsichtlich des Materials als auch der Arbeitergruppierung, nach Möglichkeit in ihr Tätigkeitsgebiet einzubeziehen.

Eine solche neue Arbeitsart ist der Betonbau, der in neuerer Zeit nicht mehr auf den Tiefbau und einzelne Teile des Hoch-

baues beschränkt ist, sondern ansehnend einen immer weiteren Umfang annimmt. Ganze Bauten — Fabriken, Lager-, Kauf- und Kontorhäuser — werden fast vollständig aus sogenanntem Eisenbeton hergestellt, und es ist nicht zu erwarten, daß in dieser Bauweise alsbald eine rückläufige Bewegung eintritt. Hierdurch ist den Hauptzweigen der gelernten Bauarbeitergruppen eine bedenkliche Konkurrenz entstanden. Ungelernte Arbeiter, die bisher in der Hauptsache mit dem Mischen und Tragen des Materials beschäftigt waren, haben sich Arbeitsarten erobert, die früher zum Teil von Maurern, zum Teil von Zimmerern ausgeführt wurden; es ist gewissermaßen eine neue Bauarbeitergruppe entstanden: die Zementierer.

Gegen Neugruppierungen von Arbeitern, soweit sie sich aus der sich wandelnden Technik des Baugewerbes ergeben, können sich die kartellierten Organisationen grundsätzlich nicht wenden, wohl aber haben sie ihr scharfes Augenmerk darauf zu richten, daß für die Arbeiter im Betonbau, wenigstens soweit qualifizierte Arbeit in Frage kommt, mindestens die für Maurer und Zimmerer üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen Geltung erlangen. Die Lösung dieser Frage kann unter den jetzigen Organisationsverhältnissen nicht Aufgabe des Maurerverbandes oder des Bauhilfsarbeiterverbandes allein sein, sondern alle drei Verbände müssen gemeinsam den Weg zu finden suchen, der zum Ziele führt.

Die erste Konferenz der Zementarbeiter Deutschlands hält sich nicht für kompetent, Beschlüsse zu fassen und Anträge auf Änderung der jetzigen Organisationsverhältnisse zu stellen; sie muß es den Vorständen der kartellierten Verbände überlassen, zu untersuchen, ob es geboten und durchführbar ist, entweder alle Betonarbeiter einem Verbandszugehörigen, oder die sogenannten qualifizierten Arbeiter organisatorisch von den andern zu scheiden. Unter allen Umständen hält die Konferenz aber für nötig, daß die Organisierung der am Betonbau beschäftigten Arbeiter mit aller Kraft betrieben werden muß.

Die erste Konferenz der Zementarbeiter ersucht daher die Vorstände der kartellierten Verbände:

1. die nötigen Maßnahmen zur baldigen und nachhaltigen Organisierung der Betonarbeiter zu ergreifen;
2. eine Vereinbarung darüber anzustreben, welcher Organisation die verschiedenen Betonarbeiter anzu gehören haben;
3. Voraussetzungen und Möglichkeiten festzustellen, unter denen die Angehörigen der einzelnen Organisationen in allen Fragen, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffen, zusammenwirken und sich gegenseitig diese Bedingungen schützen müssen;
4. dahin wirken zu wollen, daß dem Arbeiterschutz im Baugewerbe eine ganz besondere Aufmerksamkeit angewandt wird.

Die Konferenz spricht ferner den dringenden Wunsch aus, daß bis zur Verständigung der Verbandsvorstände nicht neue Streitfragen bezüglich der Organisationszugehörigkeit aufgeworfen werden, sondern daß die Betonarbeiter bis dahin dort organisiert bleiben, wo es bisher geschehen ist.

Korrespondenzen

Demitz-Thumitz. Eine wichtige Mitgliederversammlung tagte am 12. April im Gasthof zu Neu-Schölln. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Kötschle und Kunze in üblicher Weise geehrt. Dann erstattete Kollege Müller den Kassenbericht vom 1. Quartal 1908. Einer Einnahme von 4501.46 Mk. stand eine Ausgabe von 2292.24 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 2209.22 Mark verbleibt. Kollege Beier berichtet, als Revisor Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben und beantragte Entlastung des Kassierers, was einstimmig geschah. Der zweite Punkt betraf die Wahl des Lokalbeamten. Kollege Beier, als Berichterstatter der Prüfungskommission, bedauerte, daß sich aus der Zahlstelle Demitz-Thumitz kein Kollege an der Bewerbung beteiligt hat und überhaupt nur drei Bewerbungsschreiben eingegangen seien. Sämtliche Bewerbungsschreiben, sowie gestellten Themas, welche vorgelesen wurden, waren sehr gut behandelt, was auch von der Versammlung einstimmig anerkannt wurde. Beier beantragte im Namen der Kommission, den Kollegen Pürsche, trotzdem er ein Bewerbungsschreiben nicht eingesandt hat, mit zur Wahl zu stellen. Dieser Antrag wurde nach eingehender Debatte, woran sich auch Staudinger als Vertreter des Zentralvorstandes und der Gauleiter, Kollege Jahn, wiederholt beteiligten, einstimmig angenommen. Beier führte weiter aus: Aus der Granitindustrie müßten sich unter allen Umständen mehr Kollegen bewerben. Der Einwand, daß die gestellten Themas zu schwer waren, ist gegenstandslos, denn die drei Bewerber hätten in dieser Hinsicht ihre Sache doch sehr gut gemacht. Hätte man bloß die Aufgabe gestellt: „Die Tätigkeit eines Bezirksleiters“, so würde bei der Behandlung dieses Themas eine gewisse Einseitigkeit bemerkt worden sein. Es ist ganz natürlich, daß bei einer solchen Wahl nicht ganz allein — das Bewerbungsschreiben ausschlaggebend sein kann; es müssen dabei noch andre Faktoren in Betracht gezogen werden. Leitmotiv muß natürlich sein, es muß eine tüchtige Kraft gewählt werden. Beier verwies darauf, daß Pürsche in Demitz-Thumitz unermüdet und dabei mit sehr gutem Erfolg gewirkt hätte, aber Pürsche sei so bescheiden und hätte sich nicht gemeldet. Im Namen der Kommission schlug er vor, daß Pürsche mit in die engere Wahl gestellt wird. (Lebhafter Beifall.) — Die Debatte, die nun einsetzte, war sehr interessant und dabei von einer vornehmen Sachlichkeit. Die meisten Redner waren der Meinung, Pürsche müsse zur engeren Wahl gestellt werden; alle aber sollen ihm für seine mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit als Vertrauensmann große Anerkennung. Das Resultat der geheimen Wahl ergab, daß von 81 abgegebenen Stimmen Kollege Pürsche 70 erhielt und somit gewählt war. Pürsche wird sein Amt zum 1. Mai antreten. Unter Verschiedenem ging der Vorsitzende auf den Striegauer Streik ein und verlas ein Schreiben des Gauleiters Daubenthaler. Dieser ersuchte, die im Streit Befindlichen dadurch zu unterstützen, daß jeder Zugang nach Striegau vermieden wird. Ein Antrag der Ortsverwaltung, in diesem Jahre von einer Maifeier Abstand zu nehmen, da der 1. Mai auf einen Sonnabend fällt und somit auf eine starke Beteiligung nicht zu rechnen ist, wurde angenommen. Es soll nur abends 7 Uhr eine Versammlung abgehalten werden. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Jahn wurde die harmonisch verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Sardheim. Sonntag, den 4. April, fand hier eine Versammlung statt. Im 1. Punkte machte sich die Wahl zweier Revisoren notwendig. Im 2. Punkte verlas der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal. Es wurde ihm einstimmig Danksagung erteilt. Dann wurde Kollege Siebenmann zur Bezirkskonferenz delegiert. Als vor 3 Jahren im Mischelkalksteingebiet der Streik ausbrach, da gingen verschiedene auch Kollegen der Firma Stolzmann u. Co. hier mit einem Schriftstück bei den Steinmehren hafteren, auf dem geschrieben stand, daß sie auf Lebensdauer bei der Firma Stolzmann auslohnende Arbeit hätten. Allerdings bei den organisierten Kollegen hatten sie kein Glück. Diese auch Kollegen haben nun für ihre treu geleisteten Streikbediensteten den Dank erhalten, indem sie bei der schönsten Zeit schon Monate lang fast ohne Arbeit sind. Kollegen, seht ihr es denn nicht ein, daß man euch am Karrenseil herumführt? Wie lange wollt ihr noch in eurer lethargie verbleiben? Wir rufen euch zu, tretet ein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, laßt allen persönlichen Gader beiseite, denn nur Einheit macht stark.

Zöbass. Daß auch die Unternehmer von Oppach und Umgebung einig sind und sich sofort solidarisch zeigen, wenn Kollegen nicht zu jedem Hundelohn dem Unternehmer die Knochen zur Verfügung stellen, wird durch folgendes aufs neue bestätigt.

Den Kollegen der Bauart dürfte schon längst bekannt sein, daß die Firma Schmidt in Oppach (Granit Schleiferei) die niedrigsten Akkordsätze in der Bauart bezahlt. Früher hatte die Firma sogar Winterpreise eingeführt. Vor kurzem sollte nun ein Kollege ein Kesselfeld mit Deckfund (Regulator wird es auch bezeichnet) in Arbeit nehmen. Als Preis wurde von der Firma die horrenden Summe von 56 Mk. festgesetzt. Nach Köbauer Tarif berechnet, stellt sich das Stück auf zirka 100 Mk. Der Betreffende weigerte sich, für 56 Mk. das Stück fertigzustellen und wurde vorstellig. Herr Schmidt hatte aber keine Lust, so freiwillig von seinem Profit etwas abzutreten, und alles Ersuchen um einen höheren Preis war vergebens. Entweder den Leibriemen einige Böcher enger schnallen, oder dem Betrieb des Herrn Schmidt Palet fagen, war die Wahl. Der Kollege wählte das letztere. Nun kam ein anderer an die Reihe, das Stück fertigzustellen. Auch dieser hatte nicht Lust, für einen solchen Preis sich abzuquälen und hielt nach anderer Arbeit Ausschau. Beim dritten wurde endlich zugefagt, das Stück im Tageslohn fertigstellen zu lassen. Sonst wären vielleicht die paar Steinmehren alle geworden. Wer nun glaubte, daß die Angelegenheit erledigt wäre, sollte sich irren. Die zwei Kollegen hatten Arbeit bei der Firma Hantusch in Söhlnd erhalten. Folgender Brief zeigt aber, wie die Unternehmer als Freunde versuchen, mit der Hungerpeitsche die Kollegen gefügig zu machen. Herr Hantusch schreibt:

Herrn
Wie ich erfahren habe, sind Sie und auch Herr ... ohne einen berechtigten Grund von Herrn Schmidt weggegangen. Ich bin mit Herrn Schmidt gut Freund und möchte dieserhalb nicht gern Anstoß haben. Es wird dies auch von anderer Seite bemängelt werden, wenn ich Sie ohne weiteres in Arbeit nehme. Vielleicht finden Sie anderweit Arbeit, oder Sie arbeiten bei Herrn Schmidt noch ein paar Wochen und kündigen dann, wie es sich gehört.
Hochachtungsvoll
C. Hantusch.

Hier sieht man, wie die Unternehmer bestrebt sind, die Arbeiter zu Hängen, zu belotzen, zu stempeln; unseres Wissens gibt es bei der Firma Schmidt überhaupt keine Kündigung. Von Herrn Schmidt ist es eine Brutalität, die Kollegen an ihrer ferneren Arbeit zu hindern. Dieser Vorfall zeigt aber den Lausiger Steinarbeitern zur Genüge, daß nur durch einmütiges Zusammenstehen der Machttitel solcher Unternehmer gebrochen werden kann. An Stelle der einseitigen willkürlichen Preisfestsetzung muß ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Dazu bedarf es unbedingt einer strammen Organisation, und in solchen Fällen, wie der oben geschilderte, ein solidarisches Zusammenstehen! Bedauerlich ist es, daß gerade bei der Firma Schmidt die Einigkeit der Kollegen zu wünschen übrig läßt, ja, sogar länger organisierte Kollegen aus wichtigen Gründen dem Verbandsden Rücken kehren. Der Selbsterhaltungstrieb gebietet uns, ebenfalls als Freunde, Ausgebente und Unterdrückte solidarisch zu sein und Schulter an Schulter in dem Steinarbeiterverband vereint für eine freiere bessere Existenz und Lebenslage kämpfen.

Weihenstadt. Am 3. April fand in dem Lokale des Herrn Karl Weiß unsere Mitgliederversammlung statt. Der erste Punkt war Vorlegung des neu ausgearbeiteten Tarifs, der von den Kollegen gutgeheißen wurde. Traurig ist es, daß die Versammlung so schlecht besucht war. Vom Vorsitzenden wurde den Kollegen anheimgegeben, die Bundesratsverordnung strikte einzuhalten, denn da bleibt noch viel zu wünschen übrig. Besonders bei der Firma Ackermann hapers, mußten wir doch letzten Sonntag wieder leben, daß Kollegen bis 2 Uhr arbeiteten. Es könnte die Arbeit besser eingeteilt werden, da es doch häufig vorkommt, daß Kollegen oft längere Zeit auf ein Stück warten müssen. Geplagt wurde, daß ein Verbandskollege der Firma Ackermann gegenüber Zutrittskarte nicht leistet. Wenn sich dieses Verbandsmitglied in Zukunft nicht bessert, dann müßten wir an dieser Stelle seinen Namen nennen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß am 29. April Kollege Staudinger ein Referat halten wird. Die Ortsverwaltung wird sich bemühen, für einen starken Versammlungsbefuch Sorge zu tragen.

Literarisches.

Stizierschriften. Von Emil Lauterbach. 20 Tafeln. Preis 1 Mk. Verlag von Otto Maier in Ravensburg. — Diese vortrefflich ausgeführten Schriftvorlagen verleißen überall da, wo sie angewendet werden, Gefälligkeit und Frische des gesamten Entwurfes. Die Schriften sind meistens mit der stumpfen Zeichensfeder oder mit der Reißfeder spielend leicht, ohne großen Zeitaufwand ausführbar. Dem wirklich guten Werkchen ist weiteste Verbreitung zu wünschen.

Maurer- und Steinhauerarbeiten. 1. Band. Von Dr. phil. und Dr. ing. Ed. Schmitt in Darmstadt. Mit 136 Abbildungen. G. J. Göschen'sche Verlagshandlung in Leipzig. Preis in Leinwand gebunden 80 Pfg. Das vorliegende erste Bändchen befaßt sich mit den Mauern und Maueröffnungen, sowie mit den Fundamenten. Wenn auch dieser Stoff schon mehrfach literarisch bearbeitet worden ist, so dürfte es dem Verfasser doch gelungen sein, ihm nicht allein neue Seiten abzugewinnen, sondern ihn auch vielfach interessant zu gestalten. Der zweite und dritte Teil soll demnächst erscheinen. Unsern Kollegen können wir die Anschaffung nur bestens empfehlen.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber: Professor Dr. J. Jastrow, Berlin, Verlag von Georg Meiner). Die als Organ des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 7 des 12. Jahrganges unter anderem: Die deutschen kommunalen Wohnungs- und Arbeitsnachweise. — Der öffentliche Arbeitsnachweis in Preußen und dessen staatliche Subventionierung. — Inländischer Arbeitsmarkt: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes im Monat März. — Beschäftigungsgrad in den deutschen Hafenplätzen. — Abnahme des Arbeitsmangels im Solgengewerbe. — Ausländischer Arbeitsmarkt: Der Arbeitsmarkt im Staate Neuyork im dritten Viertel 1908. — Arbeitslosigkeit in Frankreich. — Der Arbeitsmarkt in Spanien und Portugal. — Der Arbeitsmarkt in Süd-Afrika. — Die Arbeitslosigkeit in Groß-Britannien. — Arbeitsnachweise: Der Arbeitsnachweis der Hamburger Arbeiterkolonie. — Anwerbung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter in Bayern. — Beförderung landwirtschaftlicher Arbeiter.

Leo Deutsch: Der Lokspitzel Asew und die Terroristische Taktik. Uebersetzt von E. Grumbach. 2 1/2 Bogen. Preis 40 Pfg. Buchhandlung Volkstimme, Frankfurt a. M.

Ungeheures Aufsehen, allgemeine Entrüstung der zivilisierten Welt löste die vor einiger Zeit erfolgte Entlassung des russischen Polizeispitzels Asew aus, jenes Schurken, der, im Solbe der russischen Polizei stehend, Verbrechen auf das Leben hochstehender Personen anzettelte, überwachte und seine angeblichen Freunde, die im Kampfe gegen den russischen Absolutismus stehenden Revolutionäre, an den Galgen oder nach Sibirien brachte. Man stand vor einem Rätsel. Wie war es möglich, daß jemand eine derartige Vertrauensstelle so lange in dieser Partei einnehmen konnte?

An der Hand eines reichen Tatsachenmaterials zeigt uns Leo Deutsch die Einschlebung dieses Spitzels in die Partei der russischen Terroristen, sein Doppelspiel, seine Entlassung, und bespricht eingehend die sich für die Terroristen ergebenden Konsequenzen.

Wie selten einer, ist Leo Deutsch berufen, dieses Material zu behandeln, und wird seine Broschüre für viele Genossen eine willkommene Gabe sein.